

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Europas Bauern sind nicht zu stoppen



Foto: Nürnberger

### **Milch**

Tausende Milchbäuerinnen und Milchbauern aus ganz Europa treffen sich in Brüssel und bestärken sich in der überall gleichen Analyse: Der Markt läuft über, wir müssen ihn selbst in die Hand nehmen. Stimmen und Stimmungen auf den **Seiten 2, 12–14**

### **Gentechnik**

Die zaghaften Vorstöße der Politik – Debatte um Biopatente, MON 810-Verbot – die Gentechnik in ihre Schranken zu weisen zeigt, dass kontinuierlicher Druck der Bewegung erfolgreich und notwendig ist. Positive und ein Negativbeispiel auf den **Seiten 16–17**

### **Märkte**

Die Genossenschaften sind längst nicht mehr in Bauernhand, Funktionäre steuern die Firmenkonglomerate und sind die Profiteure der Brüsseler Subventionspolitik. Über Verflechtungen, Akteure, Profiteure lesen Sie auf den **Seiten 3, 10 und 19**

**Die Seite 3**

**Zahlungsempfänger im Internet** ..... 3  
Agrarsubventionen gibt für alles Mögliche

**Agrarpolitik**

**Frisches Geld für die Wählergunst** ..... 5

Bundesregierung bewilligt Liquiditätsbeihilfen

**Paten für Trecker** ..... 6

Anti-Atomkraftbewegung protestiert in Gorleben und Berlin

**Alles versprochen – nichts gehalten** ..... 7

Mit dem Haberfeldtreiben den Politikern auf den Zahn gefühlt

**Märkte**

**Vergleich der Betriebsmittel-Besteuerung** ..... 4

**Wer dominiert DBV, Raiffeisen und COPA-COGECA?** ..... 10

**Bewegung**

**Ausdauernd, aber ergebnislos** ..... 8

Der BBV ist resistent gegenüber Kritik aus den eigenen Reihen

**Schwerpunkt: Milch**

**Milcherzeugung steigt, Absatz sinkt, Preis fällt** ..... 11

**Politik zwingt Milcherzeuger zu Notwehrmaßnahmen** ..... 12

Die Bundesvorsitzenden der AbL im Interview

**Mit der Not steigt der Druck** ..... 13

**Die Bäuerinnen und die Kanzlerin** ..... 14

**Lieferanten beschließen flexible Mengensteuerung** ..... 14

**Nachbau**

**Ökologische Evolution statt „Grüner“ Revolution** ..... 15

**Roundup nicht nur für Unkraut gefährlich** ..... 15

**Gentechnik / Patente**

**Aigner blickt nach Brüssel** ..... 16

**MON 810-Verbot in 2. Instanz bestätigt** ..... 17

**Hofportrait**

**Neuland im Osten** ..... 18

**Weitere Themen**

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Lucia Egner und Siegfried Jäckle, Seite 9; Landleben, Seite 19; Leserbriefe, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

**Inhaltsverzeichnis**

Die aktuelle Situation der Milchbauern bei uns in Belgien ist die gleiche wie überall in Europa, bei Preisen um die 20 Cent kann niemand – Entschuldigung – fast niemand seine Rechnungen zahlen. Keiner will öffentlich eingestehen, dass er finanzielle Probleme hat, er steht ja dann da als Dummer, als Schlechter, als Jemand, der seinen Hof nicht richtig geführt bekommt. Wenn wir in Zukunft Erfolg haben wollen, müssen wir als erstes noch mal lernen, ehrlich mit uns selbst zu sein, wir müssen aufhören, uns selbst zu belügen. Das Einzige, was uns weiterhelfen kann, ist, den Politikern, den Verbänden klar zu machen, dass wir nicht tatenlos zuschauen werden, wie wir unsere Höfe, die über Generationen aufgebaut worden sind, verlieren. Wir sind auf dem besten Weg, unser Fundament zu verlieren, Banken, Industrie wollen unser Grund und Boden in Besitz nehmen und uns zu Knechten auf ihrem Besitz machen. Jetzt ist die Zeit da, um uns zu widersetzen, jetzt hier und heute gilt es zu kämpfen. Voriges Jahr haben wir in sechs Ländern einen Lieferstreik gemacht, heute bei einem Preis von 20 Cent/l könnten wir sechs Monate keine Milch abliefern und hätten bei 40 Cent das gleiche Einkommen.

**Kommentar****Alles unternehmen, um die Höfe zu verteidigen**

Eines muss jedem bewusst sein, egal von wo er kommt, egal aus welchem Land er ist: Die Bauern müssen bereit sein, ihre

Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Wenn wir uns in Zukunft darauf verlassen, dass andere unsere Probleme regeln, dürfen wir uns nicht beklagen. Im European Milk Board (EMB) sitzen nur Bauern, keine Funktionäre, die alle selber noch Kühe melken und die wirkliche Situation kennen. Das ist in vielen etablierten Bauernverbänden in Europa anders. Unser größtes Problem ist, dass unsere Forderungen kein Geld kosten: Die Milchmenge in bäuerliche Hand zu geben, ist nichts, was Politiker aus Subventionstöpfen zaubern

können, und nichts, wofür Verbandsfunktionäre kämpfen, weil es sie in ihren Funktionen in der Industrie schwächt. Eine Quotenkürzung um 5 Prozent bedarf nur einer Unterschrift, Das Gleiche gilt für die Einführung der Null-Saldierung. In jedem anderen Unternehmen senkt man bei Überproduktion die Produktion, nur uns Bauern sagt man, wir müssen noch mehr produzieren, um die Verluste aufzufangen. Das sagen die, die die Interessen der Industrie vertreten, die ein Interesse daran haben, dass sie die Milch noch billiger verramschen können, weil es ihnen Profite einbringt. Die Interessen der Bäuerinnen und Bauern vertreten sie damit nicht. Europas Milchmarkt ist nicht abhängig von Exporten und Exportsubventionen, was uns manche Politiker und manche Verbandsvertreter glauben machen wollen. Im Gegenteil, sie richten nur Schaden in Ländern außerhalb Europas an, deshalb kann die einzige Lösung nur eine angepasste Menge für Europa sein, dass kommt allen zu Gute, den Großen wie den Kleinen. Denn auch 300 Kühe lassen sich nicht kostendeckend für 20 Cent melken. Wir müssen uns entscheiden, welche Landwirtschaft wir in Europa wollen. Milchkühe nur noch konzentriert in großen Einheiten auf wenigen Standorten in Ställen, die aussehen wie Industriehallen? Auch in Belgien wünschen sich die meisten Leute Kühe auf der Weide, Bauernhöfe, die Existenzen und Leben auf dem Land erhalten. Warum erkennt die Politik nicht endlich, dass sie anders handeln muss? Und warum erkennen noch zu wenig Bäuerinnen und Bauern, dass man sich weder auf Verbandsfunktionäre noch auf Politiker verlassen kann und das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen muss?

Ich weiss, dass Viele mutlos sind und denken, es würde keinen Sinn machen, weiter zu machen, und Viele verstecken sich auf ihren Höfen und hoffen, dass es irgendwann besser werden würde. Jeder von uns hat Verantwortung sich selbst gegenüber, seiner Familie, aber auch unseren Vorfahren, alles zu unternehmen, um unsere Höfe zu verteidigen. Ganz Europa schaut zu euch und erwartet, dass ihr aufsteht. Die Berliner Mauer haben auch Menschen zu Fall gebracht, lasst uns an diesem Beispiel Mut fassen und so lange Druck ausüben, bis wir unser Ziel „kostendeckender Milchpreis“ erreicht haben. Gemeinsam sind wir stark, wo Unrecht zu Recht wird Widerstand zur Pflicht.

*Viele Grüße aus Belgien*

*Erwin Schöpges*

*Milchbauer und Vorsitzender der belgischen Milcherzeugergemeinschaft MIG*

**In eigener Sache:**

Traditionell erscheint die *Unabhängige Bauernstimme* im Juli-August als Doppelausgabe. Geschuldet ist das vor allem der in der Ernte begrenzten Zeit, vor allem der Leser. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang September.

Viele Grüße  
die Redaktion

**Impressum**

**b** unabhängige  
**Bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

## Zahlungsempfänger im Internet

Agrarsubventionen gibt's für alles Mögliche: Von Landwirtschaft bis Kreuzfahrt

Am 16. Juni wurde auch in Deutschland mit sechswöchiger Verspätung die Internetseite freigeschaltet, auf der die Empfänger von Agrardirektbeihilfen und Exportsubventionen nachzulesen sind. ([www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de)). Bereits seit Ende 2008 waren dort die Empfänger der sogenannten ELER-Zahlungen, also von Öko- und Extensivierungsbeihilfen, Bergbauprogramm, Waldwegebau, Dorferneuerung, Erzeugergemeinschaften oder Investitionsbeihilfen veröffentlicht.

### Anwenderunfreundliche Internetseite

Die Suchmaske der Internetseite des Landwirtschaftsministeriums ist nicht ganz einfach zu finden, die Suche selber gewöhnungsbedürftig. Doch mit einiger Übung lassen sich interessante Daten über die größten Empfänger von Exportsubventionen oder die Höhe der Direktbeihilfen des Nachbarbauern entlocken. Bezogen auf die Landwirtschaft ergibt sich dabei wenig Überraschendes. Wer viel Fläche bewirtschaftet bekommt auch viel Geld. Und wer in der Vergangenheit in der Kälber- oder Bullenmast im großen Stil aktiv war bekommt zusätzlich erhebliche Top-Ups. Bestes Beispiel: das Gut Klein Wanzleben in Sachsen-Anhalt bewirtschaftet etwas über 2000 Hektar, erhält aber laut Liste 2,6 Mio. €. Davon sind rund 1,5 Mio. € für die ehemalige Bullenmast. Die Ställe für mehrere tausend Bullen stehen schon lange leer, stattdessen werden dort Schweine gemästet. In NRW erhalten daher die auf Kälbermast und Schlachtung spezialisierten Betriebe von Naturalys (Schils/van Drie) und Brüninghoff mit 1,2 Mio. € bzw. 0,9 Mio. € die höchsten Direktzahlungen.

### Spitzenempfänger

Spitzenempfänger in Deutschland ist die Südzucker mit 2,6 Mio. € Direktbeihilfen und 31,7 Mio. € Exportsubventionen. Erster Gedanke: Davon könnte so manche Bauernfamilie einen

schönen Urlaub machen. Angesichts der Höhe der Flächenprämien an den Südzuckerkonzern fällt es denn auch schwer, das derzeitige EU-Agrarbeihilfensystem Nichtlandwirten verständlich zu machen. Auch die hohen Direktzahlungen an branchenfremde Unternehmen und Agrarkonzerne stoßen leicht auf:

Der Energiekonzern RWE Power AG in Erfstadt erhielt 589.933 € an Flächenprämien dafür, dass Ackerflächen, die

auch Schiffe, die europäische Binnengewässer verlassen, können nach EU-Recht für Lebensmittel wie Kaffesahne, Zucker, Eier und Fleisch Subventionen beziehen. So erhält die HMS (Hanseatic Marine Services) aus Hamburg, die unter anderem Kreuzfahrtschiffe mit Lebensmitteln versorgt, 54.086 €, die LSG Zollzweckgemeinschaft, ein Tochterunternehmen der Lufthansa, bekam sogar 106.276 € für das Catering der Passagiere der Lufthansaflotte.

nisterium weigert sich weiterhin, die Empfänger offenzulegen. Dabei sind inzwischen fast alle höheren Verwaltungsgerichte (4 OVGs und das BVG) in Eilverfahren zu dem Schluss gekommen, dass die Veröffentlichung der Empfänger rechtens ist. Der Bundesgerichtshof hat die vom Bauernverband organisierten Klagen nicht mal angenommen und direkt zurückgewiesen. Die EU wird nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Bayern eröffnen. Agrarministerin Aigner zeigt inzwischen kaum noch Verständnis für die Haltung Bayerns und droht, sich die Strafgeelder aus Bayern zurückzuholen.

3) Noch sind diejenigen Daten nicht veröffentlicht, die von klagenden Betrieben stammen. Daher fehlen auch die Datensätze zahlreicher prominenter DBV-Funktionäre in der Internetliste. Laut Recherchen unabhängiger Journalisten stößt man auf der Internetseite auf 21 Empfänger, zu denen keine Informationen, keine Namen, keine Postleitzahlen und keine Orte gegeben werden. Die Zuwendungen an diese Personen oder Firmen würden sich insgesamt auf 16,8 Millionen Euro belaufen.



Mit Verlassen der EU gibt's Exportsubventionen für den Proviant.

Foto: Uwe Steen/pixelio

für den Braunkohletagebau benötigt werden, aufgekauft und von dem Energiekonzern bewirtschaftet werden. Nach Beendigung der Braunkohlförderung werden die Flächen rekultiviert und wieder verkauft.

Auch die Agrarunternehmen KWS in Einbeck (748.013 €), BASF (160.037 €) und Bayer Industries (130.538 €) erhalten ein Vielfaches von dem, was eine normale Bauernfamilie in Deutschland an Unterstützung erhält.

### Überraschung bei Exportsubventionen

Spannend auch die Liste der Exportsubventionsempfänger: ganz vorne: Zuckerkonzerne, Molkereien und Fleischhandel, aber auch Süßwarenindustrie (Haribo, Storck, Bahlsen). Besondere skuril: Sowohl Flugzeuge als

Das Bekanntwerden solcher Beispiele zeigt nun auch Nichtlandwirten, dass Reformbedarf in der europäischen Agrarpolitik besteht.

### Immer noch fehlen Daten

Hinsichtlich der Veröffentlichung gibt es noch einige Wermutstropfen:

- 1) Die Art der Veröffentlichung liefert kaum Informationen, für welche Maßnahmen im Einzelnen Gelder gezahlt wurden. Die österreichische oder niederländische Internetseite zeigt, wie man es besser machen kann. Durch die undifferenzierte Art der Veröffentlichung in Deutschland ist eine öffentliche Diskussion darüber, ob eine Zahlung sinnvoll ist oder nicht, deutlich erschwert.
- 2) Das bayerische Landwirtschafts-

Das muss man dem Präsidenten der DLG, Carl-Albrecht Bartmer, lassen. Seine Direktzahlung über 366.000 Euro für den Betrieb in Löbnitz kann seit Mitte Juni jeder nachlesen. Dass die Beihilfen für bäuerliche Familienbetriebe aber nur einen Bruchteil davon betragen sollte Anlass für tiefere Diskussionen auch in der Öffentlichkeit sein. Die Datenlage beweist es eindrücklich: Bei der anstehenden Agrarreform, die in dem kommenden Monaten vorbereitet wird, muss der bisherige Verteilungsschlüssel gründlich überarbeitet werden. Die Offenlegung der Zahlungen wird helfen, diese Diskussion in der Öffentlichkeit zu führen.

Martin Hofstetter  
Landwirtschaftsexperte Greenpeace

## Preiskrieg erfolglos

Die Umsätze und Marktanteile von Aldi und Lidl sinken trotz Preissenkungs-Kriegs und teurer Werbekampagnen seit Jahresbeginn, das berichtet die *WELT*. Grund der Umsatzrückgänge sind einmal die Preissenkungen selbst, vor allem bei Molkereiprodukten, Fleisch und Geflügel, aber auch Kundenzahl und Kundenfrequenz gingen zurück. *pm*

## Fünzfzigmal gehandelt

Eine Getreideernte wird bis zu 50 Mal gehandelt, bevor sie wirklich verkauft wird – so der neue BayWa-Chef Klaus Josef Lutz in der *WELT* zur Erklärung der heftigen spekulativen Preisausschläge bei Getreide und anderen Rohstoffen. *pm*

## Dänische Schweine-Verluste

Auch die dänischen Schweinehalter bleiben laut *Infodienst agd.nl* in den roten Zahlen, mit gestiegenen Kosten, relativ niedrigen Preisen im Vergleich zu anderen Ländern und 2,80 bis 4 Euro Verlust pro Schlachtschwein. *pm*

## Großbestands-Biohaltung

Im Dezember 2008 zählte das Statistische Bundesamt in Deutschland 1,73 Mio. Bio-Legehennen in 14.750 Betrieben mit mindestens 3.000 Hennenplätzen, 10 % mehr gegenüber dem Vorjahr und immerhin 5 % aller deutschen Legehennen. 14 % aller Betriebe (vor allem in Ostdeutschland) haben mehr als 30.000 Hennen, sie haben aber mittlerweile 47 % Marktanteil. 34 % haben 10.000 bis 30.000 Hennen (weitere 36 %), 35 % 5.000 bis 10.000 Hennen (14 %). Nur 4 % der Biohennen werden von Betrieben zwischen 3.000 und 5.000 Plätzen gehalten, allerdings von 16 % der Bio-Legehennenhalter. *pm*

## Schweine-Wachstumsfalle

Bereits 30 bis 50 % der Schweinemast in Süddolnburg wird von Nicht-Landwirten wie Tierärzten, Futtermittelvertretern, Futtermittelfirmen oder Viehhändlern betrieben – so die Schätzung von Arnold Krämer, dem Leiter der Bezirksstelle Emsland der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Die Ursache sieht er laut *Wochenblatt Westfalen-Lippe* darin, dass viele Landwirte „große Räder drehen“ wollten, dabei überfordert seien und in den roten Zahlen versinken würden. Größe an sich und das Wachsen „in dänische Verhältnisse“ sei kein Wert an sich, denn Größe allein garantiere keine erfolgreiche Zukunft. Wenn der neue Stall nur über Fremdlöhne, Zinsen und hohe Pachten möglich sei, müsse das Produktionsergebnis sehr gut sein, sonst habe der Landwirt nur für Mitarbeiter, Bank und Verpächter investiert. Beim Schweinetag in Beesten berichtete der Unternehmensberater Dr. Heinrich Roling aus eigener Erfahrung über die Ausrichtung der dänischen Sauenhaltung (durchschnittlich 900 bis 1.200 Sauen je Betrieb) auf immer mehr Ferkel je Sau: 1,3 tote Ferkel je Wurf, Streuung der Ferkelgewichte, Lebensleistung der Sauen: weniger als 2 Würfe. *en*

## Spezialisierungs-Folgen

In Dänemark nimmt die Zahl der Betriebe mit mehr als 1.000 Sauen weiter zu, so ausländische Interessenvertreter bei einem Treffen mit der ISN. Steigende Bodenpreise, so berichtet das *westfälische Wochenblatt*, führten zur Verlagerung von der Schweinemast hin zur Ferkelerzeugung, die weniger flächengekoppelt sei. Für 300 bis 350 Sauen rechne man einen Mitarbeiter, oberhalb von 1.000 Sauen für 500 Sauen eine AK. Dieser Trend gilt auch in den Niederlanden, wo sich die bestehende Konzentration der Viehbestände in den südöstlichen Intensivregionen weiter verstärkt und für jeden Wachstumsschritt der Erwerb einer zusätzlichen Güllequote von 200 € je Mastplatz bzw. von 550 € je Sauenplatz vorgeschrieben sei. Die diskutierte Spezialisierung der deutschen Schweinebranche auf die Mast berge das Risiko von Lieferengpässen in Seuchenfällen oder bei verschärften Transportgesetzen und damit zu einem Preisdiktat der Dänen und Holländer. *en*

Kurzes am Rande

## Vergleich Betriebsmittel-Besteuerung

### Steuern auf Agrardiesel und andere Produktionsmittel

Laut Bauernverband kostete Agrardiesel 2008 wegen unterschiedlicher Besteuerung in Deutschland 40 Cent, in England 12,4, in Österreich und Italien ca. 9,5, in den Niederlanden 7,7 und in Frankreich und Dänemark 0,7 bzw 0,3 Cent. Für eine aussagekräftige Einschätzung der politisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EU-Ländern reicht der Blick auf die Agrardiesel-Besteuerung aber nicht aus. Unterschiedliche Steuer-, Versicherungs- oder Erbregeungen haben u. U. viel gravierendere Effekte. Aber auch nur der Blick auf die Besteuerung der Betriebsmittel insgesamt ergibt ein differenzierteres Bild, zuletzt dargestellt für 2003 durch das ifo-Institut im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, am Beispiel eines durchschnittlichen deutschen

Betriebs auf Heizöl, Gas und Strom. Fast ebenso hoch war die Belastung der Landwirte in den Niederlanden, mit einer regulären Besteuerung von Gas und reduzierten Steuern auf Heizöl. Auch die Kollegen in Österreich hatten eine ähnlich hohe Steuerquote mit einer regulären Besteuerung von Mineralöl bzw. Gas und ermäßigten Sätzen für Heizöl und Strom.

Mit knapp 3 % des Gewinns deutlich weniger besteuert die Franzosen, die zwar eine Pestizidsteuer (nach Schädlichkeitskategorien) und eine reguläre Besteuerung von Heizöl und Strom kennen, aber auch ermäßigte Sätze bei Mineralöl und quasi Steuerfreiheit bei Gas. Ähnlich hoch die Belastung der Italiener, mit regulären Sätzen bei Heizöl, Gas und Strom, aber ermäßigten Sätzen bei Mineralöl. Großbritannien



Auch die Steuern auf Mineraldünger sind innerhalb Europas sehr unterschiedlich

Foto: K+S

Haupterwerbsbetriebs, verglichen mit Berufskollegen in wesentlichen Nachbarländern:

Die höchste Belastung (mit ca. 14 % des Gewinns) trugen die dänischen Landwirte. Sie bezahlten als Einzige eine (ermäßigte) Kfz-Steuer und außerdem Steuern auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Antibiotika und Wachstumsförderer sowie auf CO<sub>2</sub> bei Mineralöl (relativ moderat), Heizöl und Elektrizität. Schweden (11 % des Gewinns) versucht eine Umweltlenkung durch die Besteuerung von Dünger (Stickstoff, Cadmium) und Pestiziden sowie mit Steuern auf Energie, CO<sub>2</sub> und Schwefel bei Mineralöl (und reduziert bei Heizöl und Elektrizität).

Etwa 7 % des Gewinns betrug die Belastung der deutschen Landwirte, und zwar durch Steuern auf Mineralöl sowie ermä-

nien schließlich fordert von seinen Landwirten lediglich 2 % des Gewinns, mit normalen Steuern auf Heizöl, Strom und Gas, aber einer Ermäßigung bei Mineralöl („red diesel“).

Diese Ergebnisse unterschieden sich auch bei spezieller Betrachtung von konventionellen Ackerbau- und Milchviehbetrieben nicht gravierend. Bei Veredlungsbetrieben dagegen war die Produktionsmittel-Steuerbelastung in allen Ländern (mit 2 bis 6 %) viel gleichmäßiger, mit Ausnahme Dänemarks (15 % des Gewinns). Die relativ flächenstärkeren deutschen Ökobetriebe waren – anders als in den Nachbarländern – stärker belastet als die konventionellen, vor allem wegen der relativ höheren Dieselbesteuerung.

*en*

## Frisches Geld für die Wählergunst

Die Bundesregierung bewilligt Liquiditätsbeihilfen, um Höfe zu retten

Alarm waren wohl die eindringlichen Warnungen des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter, dass ein bedeutender Teil der 100.000 Milchviehbetriebe bei dem derzeitigen Milchpreis bis zum Ende des Jahres Pleite sind. In einem Interview mit der *Passauer Neuen Presse* betont die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Die Politik kann den Milchpreis nicht festlegen.“ Soll sie auch gar nicht, würde der BDM wohl entgegen, denn seine Forderung an die Politik ist es, den Rahmen zu schaffen, damit die Bauern für ihre Milch einen ausreichenden Preis erzielen können. Schon mit Aigners Vorgänger Horst Seehofer haben diesbezüglich Gespräche stattgefunden. Auch der Agrarkommissarin Fischer Boel haben die Vertreter des BDM ihre Vorschläge erläutert. Ein Einschwenken der Politiker auf die Linie der Milchbauern war allerdings nie zu verzeichnen. Und so sind die jetzt von der Landwirtschaftsministerin angekündigten 25 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zwar eine schnelle Hilfe für in Liquiditätsschwierigkeiten gekommene Höfe, aber keine Änderung der Rahmenbedingungen, die eine langfristige Sicherung der Betriebe gewähren würde.

### Kurzfristige Überbrückung

Nach der Lesart des Landwirtschaftsministeriums ist die aktuelle schlechte finanzielle Situation einer vorübergehenden Krise geschuldet. Das macht sich gut in Zeiten der Wirtschaftskrise, denn da wird schnell vergessen, dass die wirtschaftliche Situation der Höfe schon lange vor der Wirtschaftskrise bestand und demzufolge mit dieser in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht. In Brüssel suchte die Landwirtschaftsministerin nach Unterstützung und erreichte, dass die Kommission sich bereit erklärte, den Beginn der Auszahlung der Direktzahlungen auf den 16. Oktober vorzulegen. Den Bauern ist damit aber nicht wirklich geholfen, denn das Geld fehlt jetzt. Das haben auch die Politiker begriffen und so wurde eilig ein Fördertopf bereitet, der, politisch gesprochen, den Bauern die Zeit bis zum Erhalt der Direktzahlungen überbrücken helfen soll. Das deshalb eingeführte Sondertilgungsrecht in Höhe von 70 Prozent der Direktzahlungen zehn Tage nach deren Erhalt führt zu einem Zinszuschuss in Höhe von 3 Prozent durch den Bund. Damit werden außer den Kreditgebühren aller Voraussicht nach keine Zinsen fällig.

### Der konkrete Ablauf

Tatsächlich haben die Kredite eine Laufzeit von vier Jahren. Beantragt wird die Liquiditätsbeihilfe beim jeweiligen Landwirtschaftsamt. Gemeinsam mit dem Kre-

ditantrag muss eine Kreditbereitschaftserklärung der Hausbank eingereicht werden. Mit der sind auch notwendige Sicherheiten abzusprechen. Die Konditionen orientieren sich an den Topkonditionen (für September 2,85 %) der Rentenbank, denn diese refinanziert die Kredite. Der Bund ermäßigt über die zur Verfügung gestellten 25 Millionen Euro den Zinssatz um ein Prozent. In Bayern und Hessen ermäßigen die Länder den Zinssatz um einen weiteren Prozentpunkt. In Rheinland-Pfalz gibt es eine zusätzliche Vergünstigung für Tierhalter und in Nordrhein-Westfalen für Milchviehhalter. Die Höhe der zu beantragenden Kreditsumme sind wie auch die Vergaberichtlinien länderspezifisch unterschiedlich. In Bayern liegt sie zwischen 5 und 100 Tausend Euro. Dabei werden bereits erteilte Förderungen gemäß der De-minimis-Regelung eingerechnet. Ausgaben für Biogas- oder Photovoltaikanlagen sowie für gewerbliche Betriebe außerhalb der landwirtschaftlichen Primärproduktion sind nicht förderfähig. Die Antragsunterlagen müssen spätestens zum 30. Oktober bei den zuständigen Landwirtschaftsämtern eingegangen sein, damit die Mittel bis spätestens zum 31. November bei der Rentenbank abgerufen sind.

Viele Bauern sehen die Liquiditätshilfen kritisch, denn an ihrem Einkommen ändert sich faktisch nichts und wenn sich die Absatzsituation nicht grundlegend verbessert, dann haben die jetzigen Bemühungen allenfalls aufschiebende Wirkung. Allerdings können die Liquiditätshilfen für Betriebe, die sowieso mit dem Gedanken spielen, Investitionen über Kredite zu finanzieren, eine interessante Finanzierungsmöglichkeit darstellen.

mn

### Kurzes am Rande

#### Großanlagen-Förderung vorbei

Die industrielle Erzeugung von Strom aus Biogas-Verstromungsanlagen steht nach Einschätzung der FAZ durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der neuerlichen Bestätigung durch die EEG-Clearingstelle vor dem Ende. Auf Druck von Bundesumweltminister Gabriel und SPD werden mehrere räumlich eng zusammenstehende Biogasmeiler wie ein Großkraftwerk betrachtet und bekommen den Förderbonus nur einmal. Das ist nun auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Laut *Financial Times* hätten die Investoren von Großanlagen von vornherein wissen müssen, dass die Errichtung mehrerer eigenständiger Anlagen nebeneinander nicht dem Zweck des Gesetzes entspricht. „Das EEG soll strukturelle Nachteile von kleinen Anlagen ausgleichen. Wer sich bewusst kleiner macht, handelt nicht im Sinne des Gesetzes und darf daher nicht mit einer höheren Vergütung rechnen“, so ein Sprecher des Umweltministeriums. Die Union will Ausnahmen für bestehende Anlagen: Die Nawaro Bioenergies AG bspw. betreibt in Penkun das größte Biokraftwerk der Welt (40 Anlagen nebeneinander) und baut in Güstrow derzeit die größte Biomethanolanlage der Welt. Zahlreiche Klimaexperten kritisieren derartige Anlagen, die nicht auf der dezentralen Verarbeitung von landwirtschaftlichen Reststoffen beruhen. en

#### Quoten südwärts

Die Milchquoten wandern laut *top agrar* wieder verstärkt von den nördlichen in die südlichen Bundesländer. Durch die angespannte Liquidität und die zunehmende Entwertung hätten viele Bauern einen Teil ihrer Quote beim Börsentermin am 1.4. angeboten, der Preis fiel um 16 Cent auf 23 Cent. Die Zeitung berichtet auch darüber, dass im letzten Jahr 800 neue Laufställe in Bayern und Baden-Württemberg gebaut worden sind. pm

#### Keine Exportsubventionen!

Mehrere Verbände demonstrierten am 18. Juni gegen die EU-Exportsubventionen für Milch. Vor dem Auswärtigen Amt in Berlin erdrückte ein Schiffscontainer mit der Aufschrift „Milch-Exportsubventionen“ unter Mithilfe der Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner symbolisch die Milchproduktion. „Frau Aigner“ zog ihn mit aller Kraft über mehrere volle Milchkannen, bis er auf den Boden krachte und die Milch sich über den Boden ergoss. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Campact, FIAN, Germanwatch und Oxfam protestierten mit der Aktion gegen die deutsche Milchpolitik. Sie forderten die EU-Subventionen für Millexporte zu stoppen und den europäischen Milchbauern faire Preise zu zahlen. Das Aktionsbündnis übergab 29.000 Protest-Unterschriften an Dr. Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. „Das Versprechen der EU-Kommission, wettbewerbsfähige Milchbauern könnten in Entwicklungs- und Schwellenländern rentable Absatzmärkte finden, ist zynisch“, sagte Bernd Voß (AbL). Die weltweite Preisdrückerei bewirke in Europa immer niedrigere Milchpreise. „Trotz steigender Subventionen müssen daher immer mehr deutsche Bauernhöfe aufgeben.“ Alle Verbände fordern die Ausrichtung der Produktionsmenge am europäischen Bedarf. mh



Exportsubventionen zerstören Milchmärkte.  
Foto: Volling

## Zuviel Vitamin A

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA verweist darauf, dass der Zusatz von zu viel Vitamin A in Futtermitteln zu Knochenkrankheiten beim Menschen führen kann. Die zulässigen Höchstwerte im Schweinemastfutter seien zu halbieren und bei Rindern zu reduzieren. *pm*

## Dänemarks Stickstofflimit

In Dänemark sind durch den Wasserumweltplan III die Stickstoffnormen im Ackerbau deutlich verschärft worden. Die dadurch entstehenden Probleme z.B. im Backweizenanbau sollen durch die Verpflichtung zu 14 % Zwischenfrüchten in der Fruchtfolge und eine gezielte Verhinderung der Stickstoff-Auswaschung gelöst werden. Flur & Furche berichtet, wie durch Ölrettich der ausgewaschene Stickstoff aus 2,50 Meter Bodentiefe geholt und der Stickstoff aus Erbsenanbau durch Zwischenfrüchte für den nachfolgenden Backweizen gesichert wird. Auch die bessere Bodenstruktur infolge weniger Stickstoffdüngung finde das Interesse vieler Landwirte. *pm*

## Pachtdifferenzen

Die durchschnittliche Pacht der westdeutschen Betriebe lag laut Agrarstrukturerhebung 2007 für Ackerland bei 271 €/ha, die der ostdeutschen Betriebe bei 134 €/ha (Neupachten: 313 bzw. 143 €/ha). Bei Grünland zahlt man im Westen durchschnittlich 148 und im Osten 68 Euro (Neupachten: 163 bzw. 73 Euro). In Westdeutschland sind 54 % der Flächen gepachtet, im Osten 80 %, letztere vor allem von den durch Treuhand und BVVG einseitig bedienten LPG-Nachfolgebetriebe. Der Sprecher der BVVG, Dr. Horstmann, hatte kürzlich sogar ausdrücklich die von ihm so genannte „Ideologie in den alten Bundesländern vom typischen bäuerlichen Familienbetrieb“ als zu teuer bezeichnet und sich für die Verpachtung an Agrarkonzerne ausgesprochen. *en*

## Vion-Marktmacht gegen Bauern

Der niederländisch-deutsche Vion-Fleischkonzern nutzt offenbar gegenüber den Bauern seine gewaltige Marktmacht in Süddeutschland aus, die er nach der Übernahme von Südfleisch und Moxsel gewonnen hat. Völlig überraschend nahm er der Viehvermarktungsgenossenschaft Oberbayern-Schwaben (VVG) nur noch ein Drittel der vorher gelieferten Schlachttiere ab. Die VVG musste binnen weniger Tage für 800 Rinder und 3.500 Schweine neue Abnehmer suchen. Vion begründet die Kürzung damit, dass die VVG zuvor die Belieferung von Vion-Konkurrenten ausgebaut hatte. Die VVG sah aber genau darin die einzige Chance, unabhängig ihren Absatz und ihr Profil zu erhöhen: Die daraus erwachsenden Umsatzsteigerungen der VVG seien Vion „ein Dorn im Auge“. *en*

## Razzia in Agrargenossenschaft

Bei der Agrargenossenschaft Grünlichtenberg beschlagnahmten Ermittler kürzlich die Akten. Der Vorstandsvorsitzende Artur Walda hatte laut *Döbelner Allgemeiner Zeitung* im Frühjahr 2008 Rechtsmittel eingelegt gegen einen Gerichtsbeschluss, wonach die 1990 gegründete Genossenschaft nicht die rechtmäßige Nachfolgerin der vormaligen LPGen von Grünlichtenberg, Ehrenberg, Marbach und Greifendorf ist. Das Anwaltsbüro legte demnach die Vertretung der Agrargenossenschaft nieder, mit dem Hinweis auf erhebliche Verletzung von Rechtsvorschriften durch Artur Walda. Das Unternehmen hat laut Gerichtsbeschluss das Vermögen der 4 LPGen in Höhe von 24 bis 30 Mio. Euro im Jahre 1990 – mangels rechtswirksamer Vermögensübertragung – nie erworben, es aber trotzdem in ihrer Bilanz ausgewiesen. Ein Vorgang, wie er nach der „Wende“ in vielen anderen LPG-Nachfolgebetrieben vonstatten ging, ohne dass staatlicherseits etwas dagegen unternommen wurde, zu Lasten der vorherigen LPG-Mitglieder. Die *Döbelner Allgemeine* berichtet ferner von Gerüchten, wonach sich ein holländisches Unternehmen für die Agrargenossenschaft interessiert. Auch in andere ehemalige „Agrargenossenschaften“, die zum Teil durch ehemalige LPG-Kader in GmbH-Form übernommen wurden, haben sich bereits stille Teilhaber oder neue Gesellschafter eingekauft. *en*

Kurzes am Rande

## Paten für Trecker

Anti-Atomkraft Bewegung protestiert in Gorleben und Berlin

Das Wendland passte so schön. Ein Zipfel östliches Niedersachsen, der wie ein Stachel ins sozialistische Reich des Bösen hineinragte, dünn besiedelt mit ein paar Bäuerinnen und Bauern auf kargen Böden. Die Entscheidung für ein Atom-müllendlager im Salzstock in Gorleben wurde vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und seinen Beratern mindestens auch aus strategisch-politischen Gründen getroffen. Aber natürlich muss man sowas, das war auch Albrecht klar, wissenschaftlich ummanteln, damit es gesellschaftsfähig ist. Jahre später stellt sich zwar die grundsätz-

Erkundungsbergwerk ausgebaut wurde, als es eine Erkundung als Endlager nötig gemacht hätte. Damit seien Voraussetzungen für eine spätere Nutzung als Endlager geschaffen worden, dies sei aber von der Bundesregierung genehmigt und vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Ist es tatsächlich ein unverbindliches Erkunden, was bedeuten 700 bis 800 Mio. Euro von der Gesamterkundungssumme von 1,5 Mrd. Euro mehr in die Hand zu nehmen, damit man im Fall einer eventuellen Festlegung auf Gorleben als Endlager schon mal ein paar Features extra hat, wie die Politik glauben machen möchte? Oder

war es der geplante Ausbau Gorlebens zum Endlager, während der Öffentlichkeit noch vorgegaukelt wird, hier wird nur erkundet, wie es die BI auffasst? Die 300 Menschen und 30 Trecker, die wutentbrannt nach Bekanntwerden der umfangreichen Bauaktivitäten jüngst das Gelände am Salzstock für einige Zeit besetzten, haben letztlich das Vertrauen in die Politik verloren, die immer wieder von Unverbindlichkeit gesprochen, aber nie ernsthaft nach alternativen Standorten Ausschau gehalten hat. So wie in Asse durch Vertuschen und Herunterspielen viel Schaden angerichtet wurde, ist auch in Gorleben der Verlust in das Vertrauen in die Politik die bitterste Erkenntnis der Menschen vor Ort. Nicht zuletzt deshalb machen sie sich am 5. September auf nach Berlin, allen voran die Trecker der Bäuerlichen Notgemeinschaft,



Demnächst wieder: bäuerliche Notgemeinschaft in Berlin

Foto: Eisenberg

liche Situation etwas anders dar, der Widerstand hat aus dem vermeintlich einfach durchzusetzenden Standort Wendland das Gegenteil gemacht, die allgemeine gesellschaftliche wie auch politische Großwetterlage ist viel atomkraftkritischer geworden, aber der Dissens über die Frage, wurde Gorleben jemals wirklich nach wissenschaftlichen Kriterien als Endlager untersucht, ist geblieben. Und wurde in der jüngsten Vergangenheit erneut angefacht durch einen Bericht des Bundesamtes für Strahlenschutz, der darstellt, dass der Salzstock in einem viel größeren Stil zu einem

um den politisch Mächtigen genau das zu sagen. Obwohl das Wendland weit im Osten liegt, Berlin ist noch weiter weg und Sprit für Trecker nicht billig. Deshalb bietet die Bäuerliche Notgemeinschaft Treckerpatenschaften an. Für 300 Euro können Gruppen oder Einzelpersonen einen Trecker sponsern, ihm sogar eine Fahne von sich mitgeben und damit helfen, die materielle Last des Widerstands auf viele Schultern zu verteilen.

Infos: [www.baerlichenotgemeinschaft.de](http://www.baerlichenotgemeinschaft.de)

cs

## Alles versprochen – nichts gehalten

Mit einem Haberfeldtreiben fühlen Bäuerinnen und Bauern der CSU auf den Zahn

Von allen Seiten strömten sie heran. Aus U-Bahnstationen, Reisebussen oder zu Fuß. Mit langen Bärten und Mänteln, Rasseln und Fackeln kamen am 3. Juni Bäuerinnen und Bauern aus ganz Bayern zum Haberfeldtreiben nach München. Ihre Plakate zeugten von ihrem Unmut: „Unsere Kühe machen außer Scheiße auch noch Milch – und was macht ihr?“ Sie waren gekommen, um die führende Regierungspartei CSU anzuprangern. Mit Prosa, Blaskapelle und hitzigen Reden. Zu Beginn waren es mehrere Hundert, am späten Abend zählten die Veranstalter, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) 2.000 Menschen, die sich auf dem Odeonsplatz versammelt hatten. Mit ihren lauten Kuhglocken und dunklen Umhängen zogen sie das Interesse vieler Passanten auf sich. Die Meisten waren gekommen, weil sie das Vertrauen in die „Centrale für Schwindel und Ungerechtigkeit“, wie sie die CSU nannten, verloren haben. Zu viele Versprechungen sind gemacht worden, um sich eine Wählerschaft zu sichern, und zu wenige davon wurden eingehalten, war die Kritik der „Haberer“. Für ihren Protest wählten sie das traditionelle Spektakel, das schon existierte, als es noch keine unabhängige Gerichtsbarkeit gab und sich das Volk damit gegen höhere Instanzen wehrte.

### Keine Zwangsimpfung

Die Bäuerinnen und Bauern brachten eine lange Liste von Forderungen mit. Vor grimmig schauenden Steinlöwen eröffnete Andreas Rimmelberger, Geschäftsführer der AbL-Bayern, auf einer Bühne die Veranstaltung. Er forderte die Abschaffung der Zwangsimpfung gegen die Blauzungenkrankheit, durch die viele Bauern nicht nur mit einem enormen bürokratischen Aufwand zu kämpfen haben. Vielen Landwirten wurden Zwangsgelder und inzwischen sogar auch eine Haftstrafe auferlegt, wenn sie ihre Tiere nicht impfen lassen. „Obwohl viele Bauern durch den Milchpreisverfall sowieso schon am Boden liegen, geben die CSU Landräte mit Hilfe der Veterinärbehörden mit Zwangsgeldern, Kontosperrungen, Zwangspfändungen und Zwangshaft den Milchbauern den Rest“, so Rimmelberger.

### Verfehlt Milchpolitik

Wolfgang König, Landesvorsitzender der AbL-Bayern kritisierte die leeren Worte des ehemaligen Agrarministers Horst Seehofer. „Der hat beim Milchlieferstreik im Jahr 2008 uns Bauern

das Blaue vom Himmel versprochen. Als er Ministerpräsident von Bayern war, hat er uns wieder sitzen lassen.“ Auch Lucia Egner, Milchbäuerin aus Obersöchering in Oberbayern hat sich dem Haberfeldtreiben angeschlossen. Sie kritisiert die verfehlten Entscheidungen der Milchpolitik und Forderungen des Deutschen Bauernverbands nach Weideprämie, Agrardiesel- und Liquiditätsbeihilfen. Die Politik hat zudem Exportbeihilfen eingeführt in einer Zeit, wo der Weltmarktpreis für Milch im Keller war, so Egner. Die vorzeitigen Auszahlungen der Direktbeihilfen hält sie für völlig sinnlos. „Das ist so, als ob wir unser Heu im Sommer füttern würden und dann im Winter nichts

rußgeschwärzten Gesichter der Bäuerinnen und Bauern.

Nach den Eröffnungsreden marschierten sie, angeführt von einer energiegelassenen Blaskapelle zur Staatskanzlei. Dort trug Anton Prechtl, der stattliche „Haberermeister“, im Fackelschein auf einer großen Milchkanne die Rügen gegen „die Angeklagten“ in Versform vor. Neben dem „Bayern Horsti“ (Ministerpräsident Horst Seehofer) und „seiner Magd“ (Agrarministerin Ilse Aigner) galten die Strophen auch „Genteitner“, wie sie den Deutschen Bauernverbandspräsident nannten. „Doch dem Sonneleitner, dem traue nicht, weil er nicht die Sprache der Bauern spricht.“ Mit Kuhglocken, Tratschen



„Wo's der Brauch ist, dass man Worte bricht, da kommt das Haberfeldgericht.“ Foto: Herzog

mehr haben.“ Als Wählerin hat sie eine klare Ansage: „Ich würde die CSU auch weiterhin wählen, aber solange sie die Landwirtschaftspolitik des Deutschen Bauernverbandes macht, wird sie von mir nicht mehr akzeptiert.“ Mit lautem Beifall und Pfiffen bekundete die Menge ihre Zustimmung. Inzwischen war es dunkel geworden und nur noch die mitgebrachten Fackeln erhellten die

und einem lauten „Woher ist!“ bestätigte die Menge die Aussagen.

### Politik für die Industrie

Konkret wurde die Kritik, als sich der Demonstrationzug wieder vor der Bühne auf dem Odeonsplatz sammelte. Neben Irmgard Englhart, Sprecherin der Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IggT), die die Gefahren und Fol-

gen der Blauzungenimpfung aufzeigte, sprach Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. Er verurteilte die schwache Linie der Politik in Sachen Gentechnik und richtete seine Worte direkt an die Verantwortlichen:

„Herr Seehofer, Frau Aigner, wo stehen Sie denn, wenn Sie den Gentechnikmais Monsanto 810 verbieten, aber wenig später die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora zulassen?“ Die Entscheidung fiel, obwohl die Weltgesundheitsbehörde WHO vor dem Einsatz des Antibiotikaresistenz-Markergens in der Stärkekartoffel gewarnt hat. Das beweise, so Janßen, dass nach dem Willen der Industrie und der BASF gehandelt wurde, nicht aber nach dem der Bauern und der Verbraucher. Dass diese keine Nahrungsmittel von gentechnikverseuchten Feldern wollen, betonte Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL. Sie kritisierte die Erteilung von Patenten auf Leben. „Großzügig gewährt man multinationalen Konzernen den kostenlosen Zugriff auf Jahrhunderte bäuerlicher Züchtungsarbeit weltweit und somit den Zugriff auf die Lebensgrundlagen der gesamten Weltbevölkerung.“ Des weiteren forderten die Bäuerinnen und Bauern von der CSU die Durchsetzung neuer Rahmenbedingungen für kostendeckende Preise hier und in Ländern, in denen Menschen durch die Einfuhr von billigen Lebensmitteln und Exportzuschüssen ihre Lebensgrundlage verlieren.

### Kreativ und eindrucksvoll

Der Bundesverband der deutschen Milchviehalter (BDM) hatte schon im Vorfeld der Veranstaltung eine Teilnahme ausgeschlossen. Von Seiten des Bayerischen Bauernverbands kamen dagegen deutliche Anfeindungen. So bezeichnete der BBV-Generalsekretär Hans Müller den Protest als „eine unfaire persönliche Verunglimpfung“. Die CSU stellte die Protestaktion gar als demokratiefeindlich dar. Das Haberfeldtreiben sei Selbstjustiz und gehöre nicht in eine Demokratie, sagte Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU). Die Milchbäuerin Lucia Egner kann diese Kritik nicht nachvollziehen. „Ich sage, eine Gefahr für die Demokratie sind solche Leute, die nicht mehr erlauben, dass man bestehendes Unrecht anprangern darf.“ Für die Beteiligten stellte das Haberfeldtreiben eine kreative und eindrucksvolle Möglichkeit dar, um die Politiker an ihre Pflichten und Versprechungen zu erinnern.

## Obstbauern gegen Elbvertiefung

Rund 200 Obstbauernfamilien protestierten kürzlich mit 100 Traktoren in Stade bei der Eröffnung des Erörterungstermins gegen die geplante Elbvertiefung für einige wenige Groß-Containerschiffe. Sie befürchten eine Beeinträchtigung der Deichsicherheit, Beeinträchtigung der Beregung und die Verschiebung der Brackwasserzone. *pm*

## Sieben Tage Gefängnis

Weil Bauer Werner Reinl, wie viele andere, seine Tiere nicht gegen die Blauzungenkrankheit impfen wollte, sollte der Milchviehhalter aus der Oberpfalz für sieben Tage in Erzwingungshaft. Doch seine Berufskollegen und -kolleginnen konnten das verhindern. Am 22. Juni, dem Tag des verhängten Haftantritts kamen 500 von ihnen zur Justizvollzugsanstalt (JVA) nach Weiden und bezahlten aus gesammelten Geldern das gegen ihn verhängte Zwangsgeld von 528 Euro. Bauer Reinl hatte das Zwangsgeld bewusst nicht bezahlt, um gegen die umstrittene Impfung zu protestieren. Er spendete seinerseits 528 Euro dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM). Die Bäuerinnen und Bauern nutzten die Gelegenheit, um gegen die Zwangsimpfung zu protestieren. „Der Impfstoff ist weder zugelassen noch wurde er ausreichend getestet“, erklärt Arnold Horst (SPD), Mitglied des landwirtschaftlichen Ausschuss im Landtag. Zu ihrer Demonstration brachten die Impfgegner auch eine Kuh mit. Nachdem die Polizei jedoch dem Tier den Aufenthalt auf dem Gelände vor der JVA verboten hatte, suchte sich die Kuh kurzerhand ihren eigenen Weg durch die verdutzten Beamten, nachdem sie von einem Bauer nachdrücklich dazu ermutigt wurde. *mh*

## Bauernverband steuert Meinungsforen

Der Deutsche Bauernverband (DBV) will öffentliche Meinungsforen im Internet manipulieren. Für seine „Internet-Task-Force“ hat er um Mitglieder geworben, die in Internetforen „Diskussionen und Meinungsbildung gegen den Bauernverband frühzeitig entdecken“ und bei „fraglichen, kritischen Diskussionen“ sofort „eingreifen“ sollen. Das geht aus einem internen Schreiben des DBV-Referats für Öffentlichkeitsarbeit hervor. Von der DBV-Spitze nicht gewollt, gelangte das Schreiben kürzlich an die Öffentlichkeit. Unter Pseudonymen wollen sich auch Ehrenamtliche und Hauptamtliche des DBV an dieser Kampagne beteiligen. Als Ziele werden die Internet-Plattformen [www.agarheute.com](http://www.agarheute.com), [www.topagrar.com](http://www.topagrar.com) sowie die Foren von *taz* und *SPIEGEL* genannt. „Wie schwach müssen die Positionen des Bauernverbands in der Öffentlichkeit und bei seinen Mitgliedern sein“, so AbL-Geschäftsführer Uli Jasper, „wenn er sich mit so verzweifelten und entlarvenden Taktiken eine eigene, passende Öffentlichkeit zurecht zimmern will?“ Diese Kampagne werde dem DBV nichts nützen, „seine Politik gegen die Interessen der Mehrheit wird dadurch mitnichten mehrheitsfähig, sondern nur sehr viel durchsichtiger, anstößiger und angreifbarer.“ Auch die Transparenz-Initiative LobbyControl wirft dem DBV Manipulation von Internet-Foren vor. Thomas Dosch, Präsident von Bioland zeigte sich entsetzt über das Vorgehen des DBV. *mh*

## Studiengang zur Regionalentwicklung

An der Fachhochschule Eberswalde kann man ab dem Wintersemester 2009/10 den Masterstudiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“ belegen. Der Aufbaustudiengang ist zugänglich für Studierende mit einem Abschluss in den Bereichen Agrarwissenschaft, Agrarbiologie, Forstwirtschaft, Gartenbau, Geographie, Landschaftsplanung und -pflege, Landschaftsökologie, Umwelt- und Raumplanung etc., die sich für das Berufsfeld Regionalentwicklung weiterqualifizieren wollen. Die Bewerbungsfrist läuft, aktuelle Infos unter: [www.fh-eberswalde.de/run](http://www.fh-eberswalde.de/run). *hl*

Kurzes am Rande

## Ausdauernd, aber ergebnislos

Der BBV zeigt sich resistent gegenüber der Kritik aus den eigenen Reihen

Mit teilweise markigen Sprüchen fordern Mitglieder des Bayerischen Bauernverbands (BBV) Sonnleitner zum Rücktritt auf. Von „Sonnyboy go home“ bis „Bauernmörder“ reichten die Sprüche. Zwischen 800 und 1.000 Bauern hatten sich am Sitz des bayerischen Bauernverbands in München zusammengefunden, um ihren Unmut über dessen Politik zu äußern. Vor allem die Milchbauern zeigen sich zunehmend erbost über die Doppeltzungigkeit ihres Präsidenten und bezweifeln, dass die politischen Forderungen des Verbands den Milchbauern nützen. In seiner Rede bezweifelte Paderborner, dass eine weitere Konzentration im Molkereisektor positive Auswirkungen auf die Auszahlungspreise habe. Derzeit, so Paderborner, zahle eine der kleinsten Molkereien,

Umrechnungsfaktor wurden vom Bauernverband vor deren Umsetzung im Bundesrat als „Nachteil für die deutschen Bauern“ abgelehnt.

Der BBV indes versuchte, die Situation zu retten und präsentierte sich mit einem Kattamaran, auf dem er verschiedene Lebensmittel präsentierte. „Gemeinsam durch stürmische Zeiten“ war auf dem Segel zu lesen. Die Forderung nach einem Rücktritt wurde mit der demokratischen Legitimation des Präsidenten abgelehnt. Gerade die angeblich demokratischen Strukturen werden von den Irschenbergern als schiere Fassade bezeichnet. So ganz wollte in das vom BBV gezeichnete Bild von Offenheit und Demokratie auch nicht passen, dass der Verband die Demonstranten, seine Mitglieder, von einem Fenster aus filmen



Dem Redner des Bauernverbands zeigten die Demonstranten die kalte Schulter. Foto: Nürnberger

die Milchwerke Berchtesgaden-Land Chiemgau e.G., einen der höchsten Preise, während Nordmilch als eine der größten so ziemlich den niedrigsten zahle.

Noch kritischer wurde die mit dem Wegfall der Milchquote abzusehende Entwicklung zu einer Molkereiquote gesehen. „Dann sind wir der Industrie völlig ausgeliefert“, fasste Paderborner seine Bedenken zusammen.

Organisiert wurde die Demonstration von der Irschenberger-Gruppe. Die ca. 100 Personen, vor allem aus Ortsbäuerinnen und Bauern, kommen aus 14 Landkreisen. Erklärtes Ziel ist es, der aktuellen Austrittsbewegung entgegen zu arbeiten und stattdessen den Verband von innen zu reformieren. Alle bisherigen Gespräche mit den Verantwortlichen des BBV scheiterten allerdings. Stattdessen torpedierte der Verband alle von der Basis erstrittenen Erfolge. Die in der Folge des Milchstreiks auf dem Milchgipfel getroffenen Vereinbarungen zur Mengensteuerung und dem

ließ, während zwei Auszubildende damit beauftragt waren, mit einem Funkmikrofon die Reden, aber auch die anschließenden Diskussionen unauffällig mitzuschneiden.

Der scheinbare Mediencoup, die Demonstration für die Darstellung der eigenen Ziele zu nutzen, indes ging nicht auf. Für die Presse waren vor allem die mit Kuhglocken und Schildern demonstrierenden Bäuerinnen und Bauern von Interesse. Und so mancher der noch im Verband organisierten Demonstranten merkte kritisch an, dass derartige Werbefeldzüge gegen die eigenen Mitglieder mit seinen Beiträgen finanziert werden. Ihre Erfolgsaussichten, mit einem Rücktritt Gerd Sonnleitners den Verband zu reformieren, schätzte eine anwesende Bäuerin als gering ein. Vielmehr sei es das Ziel, den Politikern deutlich zu machen, dass Sonnleitner und mit ihm der Bauernverband nicht der Alleinvertreter der Bauern ist.



**Betriebsspiegel:**

80 Milchkühe (Fleckvieh)  
80 Hektar (Grünland, Mais)

Geboren bin ich vor 50 Jahren in Rottenbuch, das ist ein kleiner Ort in Oberbayern. Als drittes von vier Kindern verlebte ich meine Kindheit auf dem elterlichen Milchviehbetrieb. Zur ererbten Liebe zur Landwirtschaft lehrten uns unsere Eltern Ehrlichkeit und Freude an der Arbeit. Unsere Familie lebte von 17 ha Grund und 18 Milchkühen. Neben der Arbeit auf dem Hof war aber auch Zeit für Handarbeiten, Theaterspielen und soziales Engagement. Nach meinem Hauptschulabschluss absolvierte ich eine Lehre zur Einzelhandelskauffrau, anschließend die Landwirtschaftsschule. Daraufhin arbeitete ich fast zehn Jahre an unserer Sozialstation.

Inzwischen bereits fünf Jahre verheiratet, übernahmen mein Mann und ich den elterlichen Milchviehbetrieb meines

Mannes. Wir versuchten, den Betrieb zukunftsfähig zu machen. Stallbau, Leistungssteigerung, Quotenkauf, Zupacht... eben alles, was die Landwirtschaftspolitik immer propagierte. Wir hatten beide eine gute Ausbildung und den Willen, etwas zu leisten. Einer der Vorteile dieses Berufes wäre, so dachte ich, den Arbeitsplatz mit der Kindererziehung zu verbinden. Der Betrieb sollte mit seiner Größe von 80 Milchkühen Einkommen für zwei Generationen bieten. Leider fielen die Schwiegereltern als Arbeitskräfte schnell aus. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage (Stallbau) konnten wir uns keine Fremdarbeitskräfte leisten. Das Resultat war: Landwirtschaft, Kinder und Haushalt wurden jahrelang im „Notbetrieb“ gefahren. Unsere zwei Kinder mussten sehr früh selbstständig

werden und mitarbeiten. Freizeit war Mangelware. Inzwischen arbeitet unsere 26 jährige Tochter nach Beendigung ihrer landwirtschaftl. Ausbildung fest im Betrieb mit. Dadurch entspannt sich die Arbeitsfalle. In letzter Zeit ist meine Person durch Veranstaltungen, Reden sowie Zeitungsartikel in die Öffentlichkeit geraten. Eigentlich bin ich wie fast alle Bäuerinnen am liebsten zu Hause, bei meiner Arbeit. Nun aber kann ich meinen Mund nicht mehr halten. Wir sind in Gefahr, dass alles kaputt gemacht wird, was wir die letzten Jahrzehnte mit viel Mühe aufgebaut haben.

Das Resultat unserer gewaltigen Anstrengung ist nicht, dass wir jetzt gesorgt haben. Nein, die Politik zerstört die Zukunft unserer Höfe. Nicht nur für Milchbauern, nein, für alle

Sparten der Landwirtschaft ist es unheimlich schwierig geworden, sich finanziell über Wasser zu halten.

Das ist eben der freie Markt, dem wir uns stellen müssen, heißt es von Seiten des Bauernverbandes. Wenn man genauer schaut, merkt man, dass es auch auf dem „freien Markt Regeln gibt, aber leider nicht zu unserem Vorteil. Für diese Regeln sind Industrie und machtvolle Konzerne verantwortlich. Dies zieht sich aber auch wie ein roter Faden durch die ganze Wirtschaft. Ausbeutung wird mehr und mehr zur Normalität. Wir Menschen sollen nur noch funktionieren.

Unter dem Vorwand, wir müssen Unternehmer werden, sind wir „freie Bauern“ geradewegs dabei, versklavt zu werden. Wir werden zu Sklaven unserer eigenen, immer größer werdenden Betriebe. Der Staat bietet Hilfen an. Als ganz besonders gefährlich sehe ich das Kreditprogramm der Bundesregierung. Für diese Kredite müssen wir für unsere Grundstücke Grundschuld eintragen lassen. Wenn die Lage nicht besser wird und wir es nicht schaffen, die Darlehen zurück zu bezahlen, sind unsere Böden und damit unsere Existenzgrundlage weg. Dann sind wir nur noch Lehensleute auf unseren Höfen. Meine ganze Familie sieht derzeit nur eine Zukunftschance, wenn wir es schaffen, gegen ein System der Ausbeutung gemeinsam zu kämpfen. Ich hoffe, dass möglichst viele Menschen rechtzeitig begreifen, dass wir uns wehren müssen, solange wir noch können.

Lucia Egner

## Wenn Politiker Höfe zerstören

Heute hat uns der Postbote mal wieder eine gute Nachricht gebracht. Nämlich eine Gutschrift statt einer Abrechnung von unserem neuen Erzeugerzusammenschluss „echt Schwarzwald“ für den kürzlich abgeholten Ochs. Denn neben dem zufriedenstellenden Preis ist es vor allem auch der Ton, der als Lob für die Arbeit empfunden wird. Vor allem auch von den Familien, deren Höfe es sonst eigentlich gar nicht mehr gibt, weil sie nur Nebenerwerbsbetriebe seien.

Da ich mich für dieses regionale Vermarktungsprojekt schon als Berater und weiter in meiner vermeintlichen Ruhephase jahrelang eingesetzt habe, auch eine Bestätigung, die man ja selten erlebt. Als Berater mit einem Nebenerwerbshof habe ich mich ein (Berater-) Leben lang dem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis ausgesetzt. Manchmal frage ich mich: Wie hast du mit deiner Familie das ausgehalten? Zugegeben, es macht manchmal auch ein bisschen Spaß gegen den Mainstream zu opponieren. Aber der Virus Wachstum hat die (echten) Ackermänner so verseucht, dass sie kleine Bauern nicht mehr als Nachbarn, sondern als Übernahmeobjekte sehen. Schade, dass die Industrie noch kein Interesse an einem Impfstoff gegen diesen Virus hat, der den ländlichen Raum zerstört.

Trotzdem bewirtschaften wir unseren Hof auf fast 1.000 m Höhe mit (nur) 12 ha Landwirtschaft und 5 ha Wald immer noch. Und beide Töchter sind für ihre Heimat engagiert.

Der gerade verkaufte Ochse, der nur Muttermilch und Gras bzw. Heu und Grassilage bekommen hat, beweist,



dass naturgemäße Fleischerzeugung mit Gras möglich ist. Für die herrschende Theorie ist das ohne Mais und Soja nicht vorstellbar. Wer das Gegenteil behauptet, wie ich es seit Jahren tue, wird, wie man neudeutsch sagt, gemobbt.

In meiner Beraterzeit hatte ich mal einen Vollgasökonom als Kollegen. Der hat sich tatsächlich immer darüber gewundert, dass es im Schwarzwald noch Bauern gibt und dass die in der Regel sogar liquide sind. In seiner ökonomischen Besessenheit vergaß er leider, darüber nachzudenken, warum das so ist. Ich wiederum sollte als Berater für Tierhaltung oft den ökonomischen Konzepten auf die Sprünge helfen. Was allerdings selten gelang, weil kein Berater Standort oder gar Menschen verändern kann. Vielmehr

musste ich immer wieder erleben, wie sogenannte Vorzeigebetriebe gescheitert sind. Droht nicht an diesem Unterschied zwischen der von der industriellen Produktion bestimmten Theorie und der naturabhängigen Praxis die bäuerliche Landwirtschaft zu scheitern? Ich frage, warum es dagegen immer noch keinen Aufstand gibt.

Mit den FreundInnen von der Österreichischen Bergbauernvereingung diskutiere ich seit Jahren in Seminaren und Workshops den Wert „unserer kleinen Höfe“. Gemeinsam haben wir gemerkt, dass es um viel mehr geht als um das (theoretische) Ranking von Milchleistungen, Hektars oder Deckungsbeiträgen. Das Leben auf dem Bauernhof ist eine Summe von Werten und Möglichkeiten, die die herrschende Theorie nicht kennt und nicht erfassen kann.

Besucher weisen regelmäßig auf die Idylle hin, in der wir leben würden. Werbung und Politik benutzen idyllische Bauernhöfe für ihre Zwecke. Dass hinter dieser Idylle Menschen arbeiten und leben ist der Unterschied von theoretischem und praktischem Blickwinkel. Mit jeder Bauernfamilie die aufhört, geht auch dieser praktische Blick verloren. Praxis aber könnte zum Überleben in unserem vermeintlichen Schlaraffenland wieder hilfreich werden.

Siegfried Jäckle

## Zwischen Theorie und Praxis

**Betriebsspiegel:**

Betrieb im Schwarzwald  
12 Hektar Grünland, Kartoffeln und  
Kräuteranbau  
5 Hektar Wald  
6 Vorderwälder in Mutterkuhhaltung

## Wer dominiert DBV, Raiffeisen und COPA-COGECA?

Groß-Genossenschaften machen EU-Agrarpolitik

### Süßes Oligopol

Das Kartellamt hat in den letzten Monaten nicht nur die Büros vieler deutscher und europäischer Zuckerhersteller durchsucht: Der Wettbewerb sei nicht nur durch starke Konzentrations-

Tendenzen eingeschränkt, es bestehe auch der Verdacht der oligopolistischen Preisabsprache. Zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, in denen jeweils ein bis drei Produzenten den Markt beherrschen, wird nach Einschätzung des Niederländischen Ökonomischen Instituts (NEI) praktisch kein Zucker gehandelt. Die ungehinderten Importe von Rohrzucker ab Herbst 2009, so die

WELT, sollten durch Marktabsprachen gegenüber den Rohrzucker-Anbietern aus den Schwellenländern behindert werden. Vier Manager von Zuckerfabriken und -exporteuren sollen zudem in einen Betrugs-

skandal um EU-Exportsubventionen im Volumen von 370 Millionen Euro verwickelt sein: Für die Mengen, die zur Zahlung von Erstattungen eingereicht wurden, seien die Lager und Silos viel zu klein, um all den angeblich exportierten Zucker zu fassen. In den letzten Monaten hatten die Kartellbehörden auch die Geschäftsräume mehrerer Großmühlen, mehrerer internationaler Getreide- und Futtermittelhändler und der Edeka-Zentrale durch-

sucht. pm

Wie massiv die Großgenossenschaften und deren Anhängsel, die traditionellen Bauernverbände, die Agrarpolitik national und in der EU beeinflussen, das merken die Milchbauern derzeit besonders schmerzlich am Lobbyismus von Deutschem Bauernverband und Raiffeisen-Molkereien, der sich direkt gegen sie richtet. Aber auch sonst ziehen die Unternehmen, die der Landwirtschaft direkt vor- und nachgelagert sind, gemeinsam mit den mit ihnen eng verflochtenen „Bauernverbänden“ unzählige politische Strippen – meist zu Gunsten des Agrobusiness und zu Lasten der meisten Bauern. Bezeichnend, dass auf europäischer Ebene COPA und COGECA, also die Vertretungen der Bauernverbände und der Genossenschaften, ein gemeinsames Lobby-Büro unterhalten. Welche Unternehmen innerhalb der COGECA hauptsächlich das Sagen haben, wer die dominanten Akteure sind, wer – trotz aller konkurrierenden Interessen – letztlich die Linie angibt, das zeigt folgende Zusammenstellung aus einer Liste der 100

land (Grainfarmes) und Italien (Unipeg).

### Milch genossenschaftlich dirigiert

Auch im Molkereisektor dominieren Genossenschaften. Vorn liegen Arla (DK), Kerry (Irland), Campina/Friesland (NL) und Humana (D). Ansonsten stark vertreten: deutsche Milchverarbeiter (Nordmilch, Hochwald, Berglandmilch, Milchunion Hocheifel, Allgäuland), irische (Irish Dairy Board, Glanbia, Dairygold, Lakeland), britische (Dairy of GB, Milk Link, First Milk, Utd. Dairy Farmers) und französische (Sodiaal, Olac, 3A, Eurial), daneben niederländische (Doc Caas), finnische (Valio), belgische (Milkobel), spanische (Capsa), portugiesische (Lactogal) und polnische (Mlepol, Mlekovita).

### Fleisch und Wurst

In der Schlachtereibranche rangiert der Genossenschaftssektor vorn mit VION (NL) vor Danish Crown (DK), Socopa (F), Westfleisch (D), Swedish Meat (S), Atria

Groupe Arco, Le Gouessant, Union Set, Cap Seine, Dijon Cereales, Nouricia, Norriap und Terres du Sud.

In wohl allen diesen Großgenossenschaften, den bäuerlichen Formal-Eigentümern längst entglitten, herrscht das Management über das jahrzehntelang angehäufte „anonyme Kapital“, das längst viel größer ist als die Summe der Anteile. In allen gibt es gut bezahlte Posten für Landwirts-Vertreter, die gegenüber den Landwirten die Ideologie von der Gemeinsamkeit der Interessen und dem „Schulterabschluss“ innerhalb der „Wertschöpfungskette“ vertreten und alle Forderungen der Basis abbügeln mit dem Hinweis auf die – ja auch tatsächlich vorhandene – Konkurrenz durch die anderen genossenschaftlichen und „privaten“ Mitbewerber.

### Für neue Strukturen

Diese Bauernverbands-Strategie hat die Bauern jahrzehntelang abgehalten von einer eigenständigen Interessenvertretung, auch



Die führende Genossenschaft im Bereich Zucker und schon von daher an den politischen Entscheidungen interessiert.

Foto: Südzucker

umsatzstärksten Genossenschaftsunternehmen in der EU:

### Die 100 Größten

Am stärksten vertreten ist der genossenschaftliche Landhandel, der den Landwirten mehr als die Hälfte der Futter-, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel verkauft, ihre Ackerbauprodukte aufkauft, weiterverkauft oder zu Kraftfutter verarbeitet. Ganz vorn rangieren deutsche Raiffeisen-Zentralen (BayWa, Agravis, RWZ Rhein-Main, ZG Karlsruhe, RWZ Kurhessen-Thüringen), aber auch französische Genossenschaften (Terrena, Invivo, Champagne Cereales, Epis centre, Euralis, Uneal, Agralys), außerdem Landhändler aus Schweden (Lantmännen), Dänemark (DLG, DLA, Agrial, Tican), Belgien (Aveve), Holland (Cehave, Agrifirm, Forfarmers), Eng-

und Ruokatolo (Finnland), Cooperl (F), Coren (Spanien), Cebeco (NL) und der Viehzentrale Südwest (D).

Bei den genossenschaftlichen Zuckerfirmen (oft in der Rechtsform AG) sieht die Rangfolge so aus: Südzucker (D), Tereos (F), Cosun (NL), Nordzucker (D), Cristal Union (F), Granarolo (I), Even (F), Coprob (I).

Beim Handel mit Obst, Gemüse und Zierpflanzen dominieren die niederländischen Genossenschaften (Floraholland, Veiling Aalsmeer, The Greenery) vor französischen (Cecias, Fresq), italienischen (Conserve Italia, Apo Conerpo), deutschen (Landgard) und spanischen (Anecoop). Erwähnenswert noch Limagrain und Maisodour (F, Züchtung), Avebe (NL, Stärke) sowie die französischen Produkt-Mischkonzerne Coopagri Bretagne, Unicopa,

gegenüber genossenschaftlichem und „privatem“ Agrobusiness und deren Lobby. Die Milchbauern um den Bundesverband Deutscher Milchviehalter haben als erste mit dieser „Marktpartnerschafts“-Ideologie gebrochen, sie wollen nicht mehr zufrieden mit dem sein, was ihnen die Molkereien nach Abzug ihrer Kosten und Eigenkapitalaufstockungen noch als Restposten-Milchpreis auszahlen. Sie haben ihre eigenen Interessen als Bauern definiert, haben sich selbstständig organisiert und eine Vorwärtskalkulation ihrer benötigten Milchpreise durchgeführt. Sie wollen gemeinsam diese einheitlichen fairen Mindestpreise durchsetzen, durch eine selbstbestimmte und flexible Mengenregulierung, gegenüber allen, denen sie ihre Produkte verkaufen – egal ob sie sich nun genossenschaftlich oder nichtgenossenschaftlich nennen. en

# Milcherzeugung steigt, Absatz sinkt, Preis fällt

Schlaglichter auf Entwicklungen am Milchmarkt

Die Milcherzeugung in der Europäischen Union steigt im Vergleich zum Vorjahr wieder, nachdem im Winter die Erzeugung kurzzeitig nicht nur saisonbedingt, sondern auch im Vorjahresvergleich zurückgegangen war. Nach Zahlen der EU-Kommission bzw. dem Statistischen Amt der EU (Eurostat) stieg die Anlieferung an die Molkereien im Monat April für die gesamte EU-27 um 1,8 Prozent. Bezogen auf das gesamte erste Drittel des Jahres, also die Monate Januar bis April zusammen, war die Bilanz noch negativ mit -1,1 Prozent (siehe Grafik: Entwicklung der Milch-Anlieferung EU 2009).

## Steigende Anlieferung

In der Grafik sind neben der EU auch die größten EU-Länder mit der größten Milcherzeugung aufgeführt. Davon ging nur in Frankreich (-1,4 %), Spanien (-0,9 %) und Irland (-2,6 %) die Milcherzeugung im April zurück, in allen anderen stieg sie. In Deutschland – dem größten Milcherzeugerland in der EU – stieg sie nach den Zahlen sogar um über 5 Prozent (+5,7 %), ebenso wie in Italien, Polen und Dänemark. In den meisten Ländern weisen auch die Balken für den gesamten Zeitraum Januar bis April eine höhere Milchproduktion aus (D: +0,8 %). Wenn die Zahlen einigermaßen stimmen, sind die Aussagen einiger Marktbeobachter mit Vorsicht zu genießen, die aktuell von einem Rückgang der Milcherzeugung sprechen.

## Exporte weiter rückläufig

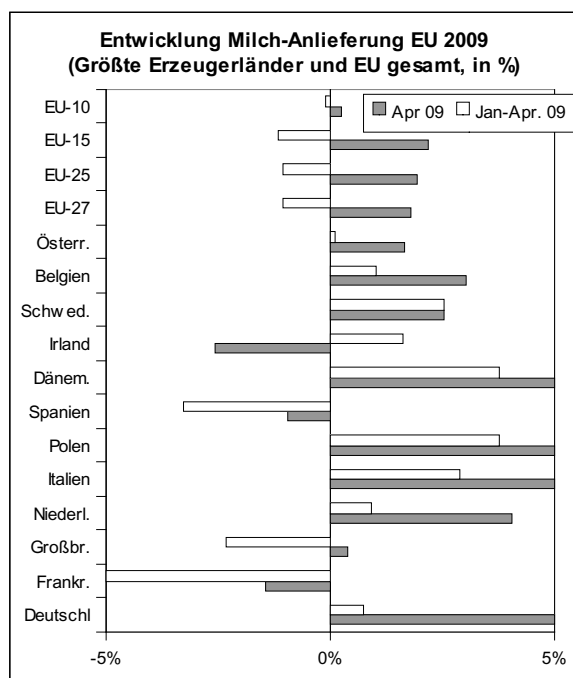
Bei den Exporten von Molkerei-Produkten aus der EU in Drittländer sieht die Entwicklung etwas anders aus, denn hier hat schon das Jahr 2008 insgesamt rückläufige Exporte (Mengen) gegenüber dem Vorjahr 2007 gezeigt. Mit Ausnahme von Vollmilchpulver (+32 %) galt das sowohl für Butter (-28 %), Magermilchpulver (-1 %) als auch für Käse (-7 %).

Nun, im ersten Drittel 2009, hat sich diese Entwicklung nach den Brüsseler Zahlen in etwa fortgesetzt. An Vollmilchpulver wurde in Drittländer EU-weit etwas mehr ausgeführt (+3 %), auch bei Butter stieg der Export etwas (+7 %), aber bei Magermilchpulver (-8 %) und Käse (-6 %) sanken die Ausfuhren weiter.

Die Exporte der EU-Milchindustrie gehen zurück, obwohl die EU seit Ende Januar 2009 die Ausfuhren wieder mit Exportsubventionen verbilligt, so dass sie auf den Drittländer-Märkten verbilligt angeboten werden können.

Für Deutschland stellt sich die Situation laut der nach Brüssel gemeldeten Zahlen so dar: Der Drittländer-Export von Voll-

milchpulver brach bei uns – gegen den Trend – im ersten Drittel des Jahres 2009 um 43 Prozent ein, aber die Menge spielt bei uns nicht die große Rolle. Butter stieg in der Ausfuhr um 16 %, bei Magermilchpulver (-12 %) und Käse (-10 %) gingen die Ausfuhren dagegen zurück. Die Verluste konnten zwar etwas durch Ausfuhren an Milch (nicht konzentriert: +19 %, Konzentrat: +34 %) und Molkepulver (+13 %) ausgeglichen werden. Aber unter dem Strich bleibt wertmäßig beim Verkauf von Molkereiprodukten in Drittländer deutlich weniger hängen. Laut Bundesministerium ging der Drittländer-Export-Wert der deutschen Milchindustrie im ersten Quartal 2009 um über ein Fünftel zurück.



## Inlands-Absatz sinkt

Eine Entwicklung auf dem heimischen Milchmarkt ist besonders auffällig, dass nämlich bei uns selbst weniger Milchprodukte verkauft werden. „Für den Liter Milch zahlten die Haushalte in den ersten vier Monaten dieses Jahres 20 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Gleichzeitig ist die Nachfrage um knapp drei Prozent zurückgegangen“, schreibt die neue Agrarmarkt-Informationen-GmbH auf Grundlage von GfK-Erhebungen

Das verwundert so stark, weil die Verkaufspreise für Trinkmilch so niedrig sind wie seit Jahren nicht mehr. Als der Handel in Folge des Milchstreiks im letzten Jahr die Preise angehoben hatte, versuchten Einige die Verkaufsrückgänge in einigen Monaten auf die gestiegenen Preise zurückzuführen. Offenbar sollte damit der Erfolg des Streiks bei den Preisen in Misskredit gebracht werden. Doch diese Theorie, dass steigende Preise die Nachfrage nach unten und fallende Preise die

Nachfrage ankurbeln würden, scheint für das Grundnahrungsmittel Milch nicht aufzugehen. Nur bei Butter und dem Ausweichprodukt Margarine scheint die Theorie mit der Wirklichkeit übereinzustimmen: Das Milchprodukt sank im Preis laut GfK um 17 Prozent und wurde um 5 Prozent mehr verkauft, wogegen Margarine um 10 Prozent teurer war und im Absatz um 5 Prozent zurückging.

## Mehr Quoten, weniger Absatz

All diese Zahlen haben eine große politische Bedeutung. Denn auf diese insgesamt sinkenden Absatzzahlen – also eine gesunkene Nachfrage – treffen die Quotenerhöhungen, die im März und November 2008 beschlossen worden sind.

Im März 2008 wurde – wie von der EU-Kommission im Dezember 2007 vorgeschlagen – von den Agrarministern der EU beschlossen, die Milchquoten EU-weit zum 1. April 2008 um 2 % auszudehnen. In knapp einem Dutzend Ländern wie Deutschland kam zu dem Termin ohnehin 0,5 Prozent mehr Quote und damit die letzte Stufe der Quotenerhöhungen hinzu, die beim Mid-term Review 2003 beschlossen worden war.

Im November 2008 beschlossen dann die Agrarminister weitere Quotenerhöhungen, und zwar für 5 Jahre um jeweils 1 Prozent, beginnend zum 1. April 2009. Zusätzlich beschlossen sie eine Änderung beim Fettkorrekturfaktor, der sich faktisch wie eine weitere Quotenerhöhung um rund 1,8 Prozent auswirkt. Diese Änderung der Fettkorrektur ist seit 1. April 2009 unmittelbar geltendes Recht und bedarf keiner nationalen Umsetzung.

Die 1-Prozent-Quotenerhöhung ist in einigen EU-Ländern schon an die einzelnen Milcherzeuger ausgeteilt, in Deutschland noch nicht, und es ist zu erwarten, dass das erst nach der Bundestagswahl passieren wird.

Insgesamt ergibt sich damit in der EU eine Ausdehnung der Rechte zur Milchproduktion um rund 5 Prozent seit April 2008.

Dass die erhöhten Quoten Prognosen der EU-Kommission im zurückliegenden Wirtschaftsjahr (1.4.08-31.3.09) nur in fünf EU-Ländern voll ausgeschöpft bzw. überliefert worden sind, ist dabei nicht entscheidend. Für den Markt und die Preisgestaltung ist entscheidend, dass das Angebot weit über der sinkenden Nachfrage lag und liegt. Und es ist festzuhalten, dass die Nachfrage schon zu der Zeit sank, als an den Brüsseler Verhandlungstischen die Erhöhungen der Milchquoten beschlossen worden sind.

uj

## Ärger um Dollys Enkel

Das Fleisch der Nachkommen von geklonten Tieren soll für den Markt freigegeben werden.

Den Vorschlag haben die EU-Agrarminister und die EU-Kommission im Juni vorgelegt, obwohl das EU-Parlament ein Verbot für Klonfleisch beschlossen hatte und eine kritische Position gegenüber dem neuen Gesetzesentwurf einnimmt. „Der Vorschlag des EU-Agrarministerrats ist eine Provokation gegenüber dem gerade neu gewählten EU-Parlament.“, sagte Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Wie sich dieses nun verhalten wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Auch Agrarministerin Ilse Aigner steht in der Kritik. Sie stellt den Vorschlag der EU-Agrarminister als „eine deutliche Verschärfung zum gegenwärtig geltenden Recht“ dar. Bisher jedoch ist die Einfuhr von Fleisch geklonter Tiere und ihren Nachkommen nicht zugelassen.

mh

## Politik zwingt Milcherzeuger zu Notwehr-Maßnahmen

Die AbL-Vorsitzenden zur Auseinandersetzung um den Abbau der Übermengen am Milchmarkt als Voraussetzung für kostendeckende Preise

Soviel geballte Trecker-Motorenkraft hat Europa bisher noch nicht gesehen. 1.000 Schlepper sind nach Brüssel gerollt. Dort redeten 27 Staats- und Regierungschefs der EU über die existenzbedrohende Situation der europäischen Milcherzeuger. Viele Berufskollegen saßen über eine Woche lang auf dem Schlepper, damit nicht nur geredet, sondern endlich gehandelt wird. Doch auch diese machtvolle Aktion hat die Regierungschefs nicht davon abgehalten, die Sache zu vertagen, auf einen Termin nach der Bundestagswahl.

Dabei ist die Lage eindeutig: Es wird weiter täglich mehr Milch erzeugt als abgesetzt werden kann. Das ist die Ursache von Milchpreisen zwischen 18 und 23 Cent. Wenn nicht weiter Kapital und Substanz vernichtet werden soll, muss die Produktion schnell und koordiniert reduziert werden. Das wissen alle! Das Instru-

ment dazu gibt es, aber es wird nicht angewendet. Im Gegenteil, die Quote wird – wie einst am Brüsseler Verhandlungstisch beschlossen – weiter ausgedehnt.

Damit die Milch überhaupt zur Chefsache geworden ist, brauchte es schon eine ganz besondere Aktion. 200 bis 300 Milchbäuerinnen harteten Anfang Mai eine ganze Woche lang Tag und Nacht vor dem Berliner Kanzleramt aus, sechs Frauen traten in den Hungerstreik. Schnell wurden einmal mehr die Herzen der Bevölkerung erreicht. Da kam es nicht gut an, dass die Kanzlerin die Diskussion mit den Bäuerinnen vor ihrer Tür abblockte. Und so lud Frau Merkel Ende Mai doch noch zum Gespräch. Sie hörte aufmerksam zu und kündigte an, die Milch zum EU-Gipfel-Thema zu machen. Für die Motivation und das Ansehen der Milchbäuerinnen

und Milchbauern in der Gesellschaft war die Aktionswoche ein Riesenerfolg. Aber die Politik bewegte sich nur scheinbar, am Ende steht jetzt das Brüsseler Vertragen.

Das erinnert stark an unsere Erfahrungen vom letzten Sommer. Nach der



Vor einem Jahr! Zu Beginn...

bis dahin ungekannten Solidarisierung unter den Milchbauern und Bäuerinnen im Milchstreik und dem großen positiven Widerhall in der gesamten Bevölkerung lud der damalige Minister Seehofer zum Milchgipfel. Zum Schluss wurde mit allen Beteiligten, auch den Länderministern, die Umsetzung der politischen Forderungen des BDM zur Mengenreduzierung angekündigt. Allerdings wurde die Abstimmung auf einen Termin nach der Bayernwahl gelegt. Das endete mit dem Wortbruch im Bundesrat.

Die Politik weicht uns eins aufs andere Mal aus. Sie bedient weiter die Interessen der Industrie, wie schon in den letzten Jahrzehnten. Die Industrie hat kein Interesse daran, dass der Milchpreis wieder 40 Cent erreicht. Auch die Export-Subventionen haben nicht das Ziel, unser Milchgeld zu erhöhen, son-

dern der Industrie Absatzmärkte im Export zu sichern. Das ist kein Mittel, um unsere Krise einzudämmen. Es dehnt unsere Krise noch auf andere Kontinente aus, setzt auch dort Bäuerinnen und Bauern unter Druck und fällt am Ende auf uns zurück.

Wir wollen keine Subventionen. Wir wollen vom Milchpreis leben und dazu braucht es eine Anpassung der Milchherzeugung an den tatsächlichen Bedarf des Marktes. Aber diejenigen, die die politische Macht dazu hätten, handeln anders, handeln gegen uns. In sinkende Absatzmärkte haben sie die Quoten seit April 2008 faktisch um fast fünf Prozent erhöht.

Es ist brutal. Es sind die politischen Entscheidungen, die die Milchviehbetriebe in die Verschuldung treiben. Es ist deshalb richtig, wenn die Verbände aus 14

für den Liter Milch halten viele Betriebe nicht mehr lange durch. Die Politik zwingt uns dazu, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen, d.h. die Milchmenge selbst an den Bedarf anzupassen, schnell und wirksam.

Der Milchstreik 2008 richtete sich letztlich noch an die Politik, als eine Art Warnstreik, damit die Politiker in unserem Sinne handeln. Jetzt geht es darum, die Übermengen selbst vom Markt zu holen. Wir sind ohnehin immer dann besonders stark, wenn wir da aktiv sind, wo wir selbst direkt etwas bewegen können. Besonnen, entschlossen und gemeinsam – Bäuerinnen und Bauern, europaweit.

Das größte Risiko ist nicht, ob wir den Markt wirksam bereinigen können, das wird uns gelingen. Die größte Sorge ist vielmehr, ob wieder 70 Prozent der

Bauern mitmachen, weil einige insgeheim hoffen, dass wir für sie die Kohlen aus dem Feuer holen. Deshalb müssen wir eine konzentrierte Mengengerückführung strategisch verbinden mit der weiteren Bündelung der Milch in der Erzeugergemeinschaft Milch Board. Auch da werden nicht alle mitmachen, doch wir können das Milch Board so stark machen, dass Preis und Menge nicht mehr an uns vorbei bestimmt werden können.

Es ist verrückt. In anderen Branchen werden Milliarden Euro in Kurzarbeit gesteckt, damit die Halden schrumpfen, statt zu wachsen. Bei der Milch würde das noch nicht einmal Geld kosten, aber es wird verweigert. Es geht um unsere Betriebe und um die Grundlage der bäuerlichen Milchherzeugung in Europa. Dafür tragen wir letztlich die Verantwortung. Also müssen wir sie jetzt wahrnehmen.



... und am Ende des Milchstreiks

Fotos: Jasper

europäischen Ländern im European Milk Board (EMB) eigene Notwehrmaßnahmen ins Spiel bringen. Das EMB hat der Politik bis Ende Juni Zeit gegeben, um zu reagieren. Wenn bis dahin die Quotenerhöhungen nicht kurzfristig zurückgenommen werden, behalten sich unsere Verbände „die Umsetzung auch härtester Maßnahmen zur Verteidigung der Milchviehbetriebe vor“.

Die Politik hat nicht reagiert. 20 Cent

fen, statt zu wachsen. Bei der Milch würde das noch nicht einmal Geld kosten, aber es wird verweigert. Es geht um unsere Betriebe und um die Grundlage der bäuerlichen Milchherzeugung in Europa. Dafür tragen wir letztlich die Verantwortung. Also müssen wir sie jetzt wahrnehmen.

Maria Heubuch und Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf

## Mit der Not steigt der Druck

Die Milchbauern in Europa formieren sich

Zwei Tage lang war Brüssel die Stadt mit der höchsten Schlepperdichte Europas. Mit 1.000 Traktoren waren Bauern aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Deutschland nach Brüssel gekommen, um in unmittelbarer Nähe zum Gipfeltreffen der Länderchefs für ihre Belange zu demonstrieren.

In Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen lagen wohl die am weit entferntesten Heimatorte. Über zwei Tage im Konvoi waren sie unterwegs. Übernachtet wurde bei Bauern, die ihre Berufskollegen herzlich aufnahmen. Dennoch war die Reise nicht von Komfort geprägt und das Zähneputzen musste auch schon mal in der Viehtränke absolviert werden. Als sich die Schlepper Brüssel näherten und die Staus auf den Zufahrtsstraßen wegen der Traktoren zunahm, leitete die belgische Polizei den Schlepperkonvoi über die Autobahn. Dreispurig ging es der Europahauptstadt entgegen.

So erlebnisreich die Anreise auch war, im Angesicht des Kommissionsgebäudes mit den hinter verspiegelten Scheiben tagenden Staatschefs war die unmittelbare Betroffenheit jedes Einzelnen zu spüren. Auf der Kundgebung, die nur durch einen Zaun und einen Polizeikorridor vom Ratsgebäude getrennt war, wurden die zentralen Forderungen des European Milkboard benannt. Eine sofortige Reduktion der Milchquote des laufenden Wirtschaftsjahres um 5 Prozent und das Einfrieren aller beschlossenen Quotenerhöhungen. Darüber hinaus, so die Forderung, muss die Grundlage für eine flexible Mengensteuerung gelegt werden, um ein marktwirtschaftliches Instrument zu bekommen, mit dem sich die Produktion an den Bedarf anpassen lässt.

Die Hoffnung unter den Demonstranten, dass sie mit ihren Forderungen zu den Regierungsvertretern durchdringen, war indes gedämpft. Zu lange schon sind die Bauern im Kampf mit der Politik.

### Nur Vertröstungen

Die Reaktion der Staats- und Regierungschefs gab ihnen Recht. Diese hatten sich zwar mit der existenzbedrohenden Situation der europäischen Milchviehalter beschäftigt, allerdings nicht mehr erreicht, als einen Prüfauftrag an die Kommission zu beschließen. In dem auf Initiative der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossenen Auftrag wird die Kommission dazu aufgefordert, die Situation und mögliche Maßnahmen zu prüfen. Darüber beschließen sollen die EU-Agrarminister am 28. September, einen Tag nach der Bundestagswahl. „Offenbar sollen die Milchbauern noch über ein Vierteljahr lang auf diese katastrophalen Milchpreise um die 20 Cent festgelegt werden, um dann zu erfahren, dass die Politik die notwendigen Maßnahmen wieder nicht ergreifen will“, so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf in Anspielung auf die Entwicklungen nach dem deutschen Milchgipfel im vergangenen Jahr.

Im Vorfeld hatte die deutsche Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner eine vorgezogene Auszahlung der Direktzahlungen erwirkt. Um die Liquidität der Höfe bis zu deren Auszahlung zu sichern, stellte der Bund zusätzlich 25 Mio Euro zur Verfügung (siehe Artikel

Während sich auf der politischen Bühne in Brüssel wenig Entgegenkommen abzeichnet, machen die Bauern aus ihrer Not eine Tugend und blicken kämpferisch nach vorn. „Wenn wir hier keinen Erfolg haben, dann müssen wir zu anderen Mitteln greifen“, verkündet ein Vertreter

aus Frankreich. Was er meint demonstrieren französische Milchbauern seit mehreren Wochen. „50 Milchtankwagen wurden fünf Tage lang in einem Dorf festgehalten, so dass die Milch vieler Milcherzeuger tagelang nicht mehr abgeholt wurde“, berichtet Jean Louis Naveau, Vorstandsmitglied im EMB, Präsident der Organisation Producteurs de Lait (OPL) in Frankreich, „andere Milcherzeuger gehen in die Filialen der Supermärkte und verhängen die Regale mit der billigen Milch mit einer Folie mit der Aufschrift „Berühren verboten“. Teilweise stießen sie dabei auf Widerstand. In diesen Fällen nahmen die Bauern die Milch des gesamten Regals mit und verlie-

ßen den Supermarkt, ohne zu bezahlen.“ Die Aktionen sind in ganz Frankreich, aber im Westen ist die Auseinandersetzung am härtesten.

Auch im spanischen Galizien sind die Bauern mit ihren Traktoren auf den Straßen, um sich mit ihren Kollegen in Brüssel zu solidarisieren. In Deutschland finden Mahnfahrer auf den Höfen zur Solidaritätsbekundung statt.

### Notwehrmaßnahmen ergreifen

Überall in Europa stehen Milchbäuerinnen und -bauern vor denselben Problemen und suchen nach Notwehrmaßnahmen. „Die Geduld der Milcherzeuger ist am Ende, wenn jetzt keine Bewegung in die politische Entscheidungsfindung kommt, dann wird sich die Auseinandersetzung um die Milch und ihre Erzeugung verschärfen“, fasst EMB-Vorstandsmitglied Ernst Halbmayr aus Österreich die Situation zusammen. Ein Milchstreik auf europäischer Ebene scheint damit deutlich näher zu rücken. *mn*



Viele PS und kämpferische Stimmung.

Fotos: Nürnberger

S. 4). Viele der Betroffenen verstehen nicht, weshalb man stattdessen nicht die kostenneutralen Forderungen des EMB unterstützt.



## Die Bäuerinnen und die Kanzlerin

Nachdem niemand mehr vor ihrer Tür campierte, hatte Angela Merkel Bäuerinnen von BDM und AbL sowie die Landfrauen zu sich eingeladen

„Sie war informiert, wenn auch einseitig, aber sie hat sehr gut zugehört und Dinge schnell aufgegriffen und nachgefragt.“ Anerkennung klingt bei Milchbäuerin Kirsten Wosnitza aus dem schleswig-holsteinischen Löwenstedt heraus, wenn sie von der Bundeskanzlerin spricht. Wosnitza war eine der sechs Bäuerinnen des Bundesverbands deutscher Milchviehalter (BDM), die der Einladung von Angela Merkel zu einem Bäuerinnen-Gipfel ins Kanzleramt gefolgt waren. Es habe sie beeindruckt, wie professionell und ernsthaft Merkel das Treffen geführt habe, schließlich hätte sie es ja auch schnell abhandeln können zwischen Bundestag und Opelrettung. Offenbar wollte sie wirklich hören, was die Bäuerinnen von BDM, AbL und Landfrauenverband (DLV) zu sagen haben und vielleicht auch ein Stück weit die unterschiedlichen Positionen klar bekommen. Die Position der Bundesregierung machte sie selbst deutlich: Ja zum Quotenausstieg, solange es in Europa keine Mehrheiten für etwas anderes gibt, allerdings sollte man weiter dort drüber reden. „Sie hat begriffen, dass die Probleme nicht auf nationaler Ebene zu lösen und Schulmilchprogramme nicht die Rettung sind“, fasst Bäuerin Wosnitza zusammen. Natürlich habe Merkel auch den Agrardiesel, die Liquiditätshilfen und die vorgezogenen Subventionszahlungen angeführt, sie habe aber auch betont, dass ihr klar sei, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei, und ihre Zweifel an der Richtigkeit der Quotenaufstockung in Zeiten einer Wirtschaftskrise geäußert. Vielleicht auch deshalb

hat die Kanzlerin es von den Praktikerrinnen ganz genau wissen wollen, als die Milchbäuerinnen das Konzept der flexiblen Mengensteuerung vortrugen. Ob denn der einzelne Milchviehbetrieb überhaupt in der Lage wäre, die Milchmenge flexibel an den jeweiligen Bedarf anzupassen, ohne jedesmal massiv Kühe zu schlachten, wollte sie wissen, dies würde ihr nämlich immer so dargestellt. Dass auch größere Betriebe hier Möglichkeiten haben, an Schrauben zu drehen, ohne gleich die Messer wetzen zu müssen, erläuterte ihr Anne-

dore Dammeyer, sachsen-anhaltinische Milchbäuerin im BDM mit 200 Kühen. Selbst auf Seiten der Landfrauen gab es Zustimmung zu ihren Ausführungen, obwohl es doch offenbar deren Männer sind, die über den Bauernverband einen genau gegenteiligen Tenor an die Kanzlerin herantragen.

### Kanzlerin hat verstanden

Als AbL-Vorsitzende Maria Heubuch nochmals betonte, dass die Menge das Problem und eine Anpassung an den Bedarf die Lösung sei, signalisierte Mer-

kel, dass das bei ihr angekommen sei. „Die Landfrauen vertreten doch tatsächlich die Meinung, nicht die Menge sei das Problem, sondern der Absatz“, wunderte sich Heubuch und zeigte sich verständnislos über die Aussage einer DLV-Vertreterin, die Preise dürften gar nicht steigen, weil das ja den Absatz noch mehr drosseln würde. Heubuch kann dem – nach dem Merkel-Gespräch von DLV-Präsidentin Brigitte Scherb verfassten – Forderungspapier, welches gemeinsame Standpunkte der Verbandsvertreterinnen auflisten soll, nicht viel abgewinnen, da eben in den eigentlichen Knackpunkten keine Übereinstimmung herrscht und die aufgelisteten Forderungen hauptsächlich nationale Relevanz haben, für die Adresse Brüssel aber falsch sind. Was täte es zur Sache, wenn man sich darauf einigen könnte, dass der Stellenwert von Milch und gesunder Ernährung in der Schulbildung erhöht werden muss? Damit rettet man kaum einen Milchviehbetrieb vor dem Ruin. Und dass es unter den Milchbäuerinnen und Milchbauern im Moment um Existenzangst geht, wurde – noch einmal zurück zu Angela Merkel – im Kanzleramt einmal mehr eindrücklich von BDM-Bäuerin Schneebichler geschildert. Wenn auch die Kanzlerin die Methoden des BDM als zu radikal ablehnt, so hatte sie doch ein offenes Ohr und Verständnis für die sehr persönliche Geschichte der einzelnen Bäuerinnen. Und sie zollte ihnen Respekt, Schneebichler gegenüber drückte sie den aus, indem sie sich dafür bedankte, dass die Bäuerin ihren Fernsehauftritt bei Beckmann nicht dazu genutzt hatte, um über die Kanzlerin herzuziehen. cs



Später kamen sie dann doch noch rein: Milchbäuerinnen wollen zur Kanzlerin Foto: Herzog

## Lieferanten beschließen flexible Mengensteuerung

Freiwillig 7 Prozent Quotenkürzung für faire Preise

Die Lieferanten der Upländer Bauernmolkerei führen eine flexible Mengensteuerung in ihrer Molkerei im nordhessischen Usseln ein. „Wir wollen die Milchmenge reduzieren, damit der Erzeugerpreis steigt“, sagt Josef Jacobi Vorsitzender der Lieferantengemeinschaft der Molkerei. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung soll die Upländer Bauernmolkerei seinen Lieferanten für die Milchmenge, die der Markt zur Zeit nicht zu fairen Preisen abnimmt, einen deutlich geringeren Preis zahlen, und zwar den Erlös am so genannten „Spotmarkt“, also dem Handel zwischen Molkereien. Die Betriebe können sich entscheiden, ob sie Übermilch zu

dem geringeren Preis produzieren wollen, oder ihre Menge einschränken. Nach Angaben Jacobis zahlt die Upländer Bauernmolkerei für die Basis-Milchmenge zur Zeit 36 Cent/kg (3,7 Prozent Fett, 3,4 Prozent Eiweiß). Um zukünftig einen fairen Erzeugerpreis garantieren zu können, zahlt ab dem 1. Juli die Molkerei für die berechneten Übermengen bei einem Spotmarktpreis von zur Zeit 24 Cent/kg Milch, nach Abzug von Erfassungs-, Verarbeitungs- und Verwaltungskosten, 19 Cent/kg Milch. Dieser Preis soll monatlich an dem aktuellen Stand angepasst werden. Die so bezahlte Übermenge entspricht einer Menge, die sich zusammensetzt

aus den politisch beschlossenen Quotenerhöhungen seit 2008, der faktischen Quotenerhöhung durch den politisch geänderten Fettkorrekturfaktor, den einzelbetrieblichen Überlieferungen sowie einer Menge, die sich durch einen geänderten Umrechnungsfaktor von Litern in Kilogramm ergibt. Insgesamt entspricht das etwa 7 Prozent der Quotenmenge.

Mit zwei Gegenstimmen wurde der Beschluss der Mitgliederversammlung Anfang Juni gefasst. Die ab 1. Juli geltende Neuregelung kommt den Untertierlieferern zu Gute, die eine Mehrzahl der Milcherzeugergemeinschaft ausmacht, so Jacobi. „Bedenken haben

solche Betriebe, die erst kürzlich ihren Kuhbestand aufgestockt oder in neue Ställe investiert haben um sich weitere Milchquote zu kaufen“. Diese Betriebe Die Milcherzeuger haben sich zur flexiblen Mengensteuerung entschlossen, um die Basismenge weiterhin mit einem fairen Preis bezahlen zu können – zum Wohle aller Milcherzeuger, stellt Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführerin der Upländer Bauernmolkerei, fest. Sobald der Markt mehr Milch zu fairen Preisen aufnehmen könne, soll das neue System flexibel angepasst werden. Sie ruft andere Milcherzeuger und Molkereien auf, diesem Beispiel zu folgen. mh

## Ökologische Evolution statt „Grüner“ Revolution

IFOAM - Konferenz zur ökologischen Tier- und Pflanzenzüchtung

Elementare Fragen der ökologischen Landwirtschaft in Zeiten des globalen Wandels sollen aufgegriffen werden, wenn die Internationale Vereinigung der Ökologischen Landbau Bewegungen (IFOAM) vom 25. bis 28. August in Santa Fe, New Mexico, USA zu ihrer internationalen Konferenz einlädt. Wie werden wir unsere Sorten und Rassen dem Klimawandel anpassen (müssen)? Wie kann ökologische Landwirtschaft die Welternährung sichern und welche Rolle spielt dabei die ökologische Züchtung? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gilt es neu zu gestalten? Die IFOAM will nach Wegen zum Erhalt der Biodiversität auf dem Acker und in den Ställen suchen.

Natürlich werden sich auch einige Beiträge mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) befassen. Den Organisatoren der Konferenz ist es wichtig, dabei nicht nur in der Ablehnung von GMO zu verharren, sondern aktiv nach zukunftsfähigen Lösungen ohne Gentechnik zu suchen. „Der technokratische Fortschrittsglaube dominiert die öffentliche Diskussion, obwohl das Potential der ökologischen Züchtung in Bezug auf Ernährungssicherheit und Klimawandel nicht annähernd ausgeschöpft ist. Das veraltete mechanistische Weltbild sollte zu Gunsten eines nachhaltigeren Ansatzes begraben werden“, sagt

Anna Wissmann, Mitarbeiterin der IFOAM in Bonn, die zurzeit mit einem Kreis von internationalen ExpertInnen das IFOAM Positionspapier zu ökologischem Saatgut erarbeitet. Auf der Konferenz wird dieses Positionspapier inhaltlich zur öffentlichen Konsultation und Diskussion stehen.

### Ernährungssouveränität

Die Erhaltung der Vielfalt, die im Laufe der Jahrtausende von Landwirtinnen und Landwirten zu einem vielfältigen Schatz zusammengetragen wurde, wird durch ökologische Tier- und Pflanzenzüchtung aufgegriffen und steht im Mittelpunkt der Breeding Diversity Konferenz. IFOAM möchte mit der diesjährigen Konferenz die weltweiten Bestrebungen auf dem Gebiet der ökologischen Züchtung zusammenführen und eine Plattform zur weiteren Vernetzung anbieten. Vor allem den Ländern des Südens soll in diesem Zusammenhang der Weg zu einer nachhaltigeren, angepassteren landwirtschaftlichen Produktionsweise geebnet werden. Ökologische Züchtung als Basis ökologischer Erzeugung bildet die Basis für selbstbestimmtes Wirtschaften und Ernährungssouveränität. Für die wirtschaftlich stärker entwickelten Länder werden rechtliche Fragen rund um europaweite Nachbauverbote, Sinn und

Unsinn von Sortenlisten und die Bestrebungen multinationaler Konzerne im Vordergrund stehen.

Zukünftig wird es überlebensnotwendig sein, kleinbäuerliche Strukturen zu stärken und traditionelles Wissen zu erhalten (vgl. IAASTD). Die Konferenz möchte in diesem Sinne zum Erhalt der nachhaltigen bäuerlichen Kulturen weltweit beitragen und präsentiert zahlreiche Vorträge aus mehr als 35 Ländern. Seien Sie dabei wenn sich vom 25. bis 28. August 2009 mehr als 300 Menschen aus aller Welt treffen, um eine nachhaltige Zukunft zu planen! Wir freuen uns darauf, zahlreiche WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus der Saatgut- und Anti-Gentechnik Bewegung, indigene VertreterInnen, BäuerInnen und HirtInnen und GärtnerInnen begrüßen zu dürfen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei sicherlich den Beiträgen von Miguel Altieri, Alessandra Galié, Edith Lammerts van Bueren, Pat Mooney, Vanaja Ramprasad, Devinder Sharma und Vandana Shiva.

Registrieren Sie sich online unter: <http://www.ifoam.org/breeding-diversity-conference.html> oder schreiben Sie eine E-mail an: [conference@ifoam.org](mailto:conference@ifoam.org).

Zoe Heuschkel  
IFOAM-Mitarbeiterin



### Eiweißpflanzenanbau hier

Die Unternehmen Agerland und Limagrain stellen in den Niederlanden Versuche an, ob der heimische Eiweißpflanzenanbau von Ackerbohnen, Soja und Lupinen mit den Soja-Importen konkurrieren könnte. Ähnliche Versuche in den achtziger Jahren waren zu Beginn der Neunziger abgebrochen worden, nachdem die Importbeschränkungen für Soja weggefallen waren. Mittlerweile importiert Holland 70 % der pflanzlichen Eiweiße. Laut niederländischem Ackerbau-Fachbund (NAV) bedeuten mehr Eiweißpflanzen in der Fruchtfolge weniger Getreide und damit höhere Getreidepreise. pm

## Roundup nicht nur für Unkraut gefährlich

Neue wissenschaftliche Untersuchungen greifen Monsanto's Herbizid an

Stark, schnell, sicher – damit wirbt der Chemiegigant Monsanto in Deutschland für sein Herbizid-Flagschiff Roundup. Das Mittel mit dem Wirkstoff Glyphosat ist bereits seit 1975 auf dem Markt und von Monsanto stets als unbedenkliches Allround-Talent gepriesen. In Verbindung mit der Möglichkeit, Soja, Raps und Mais mittels Gentechnik tolerant gegenüber Roundup zu machen, erschlossen sich in Nord- und Südamerika im letzten Jahrzehnt erhebliche Märkte. Besonders der Aufstieg Argentinien zu einem bedeutenden Exporteur von Agrarrohstoffen ist eng mit dem Anbau von Roundup-Ready Soja verbunden. Umso spannender ist, dass gerade dort derzeit ein gerichtliches Verfahren vor dem obersten Gerichtshof läuft, in dem ein Verband von Umweltanwälten das sofortige Verbot des Herbizids fordert. Grundlage ist eine neue Studie eines argentinischen Wissenschaftlers, der einen Zusammenhang zwischen schweren Embryonalschäden an Amphibien – die Rede ist von verkleinerten Köpfen, genetische Zellveränderungen im Nervensy-

stem und deformierte Knochen und Knorpel – herstellt. Und er legt den Schluss nahe, dass auch menschliche Embryonen von Glyphosat geschädigt würden. Monsanto hält sich bislang bedeckt, vielleicht auch, weil es derzeit nicht die einzige Kritik an ihrem Produkt ist. Bereits Anfang des Jahres wurden Untersuchungen bekannt in der Wissenschaftler eine Schädigung menschlicher Zellen durch bereits relativ geringe Glyphosat-Konzentrationen nachgewiesen hatten. Ganz aktuell stellen ebenfalls argentinische Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen dem momentan epidemisch vor allem in Nordargentinien und den Nachbarländern auftretenden Dengue-Fieber und dem Herbizid her. Die durch eine Mücke übertragene Infektionskrankheit breitet sich wie auch in vergangenen Jahren genau in den Anbaugebieten von Roundup-Ready Soja aus, das lasse darauf schließen, dass es eine Verbindung gebe, so die Forscher. Die Hypothese ist, dass das Glyphosat die natürlichen Fressfeinde der Überträgermücke – Frösche, Molche, andere Amphibien – de-

zimierte, so dass sich die Mücke besser vermehren könne.

Niemand erwartet ernsthaft, dass Argentinien's Gerichtshof oder eine eigens von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission den Einsatz von Roundup beendet. Zu groß sind die Abhängigkeiten zum einen von der Produktion der Roundup-Ready-Bohnen – 180 Millionen Liter Roundup werden auf gut 18 Millionen Hektar Land ausgebracht – als wesentlicher Devisenbringer, zum anderen von den Forschungsmitteln, mit denen Monsanto im großen Stil in die Universitäten des Landes investiert. Aber zumindest eine andere Einstufung der Gefährlichkeit des Mittels wollen die kritischen Wissenschaftler erreichen. Außerdem könnten die argentinischen Erkenntnisse im Ausland auf fruchtbarerem Boden fallen und andere Länder könnten dem Beispiel Dänemarks folgen – dort ist der Einsatz von Glyphosat verboten, seit es vor ein paar Jahren im Grundwasser nachgewiesen wurde.

cs

### Gegen Sortenvielfalt

Gegen die bestehende Sortenvielfalt hat sich der Landhandel ausgesprochen. Karl-Heinz Lichtschläger, Vorsitzender des Bundesverbands der VO-Firmen, beklagte in einem Gespräch mit dem *Ernährungsdienst* den mit dem Verkauf nur kleiner Mengen einer Sorte verbundenen Aufwand. Beim Saatgut-Handelstag in Warberg verteidigte Franz Beutl (IG Pflanzenzucht) den Wettbewerb unter den Züchtern und die Sortenvielfalt mit dem Hinweis auf unterschiedliche Boden- und Klimaräume, Fruchtfolgen oder Arbeitsorganisation. pm

## Gehen gegen Gentechnik

Joseph Wilhelm ist für eine gentechnikfreie Welt unterwegs. Am 18. Juni hat er seinen Protestmarsch in Berlin begonnen. Bis zum 30. Juli wird er rund 1.000 Kilometer über Leipzig, Weimar, Marburg, Bonn und Maastricht bis nach Brüssel gehen. „Wir in Europa müssen unsere Ernährung, unsere Landwirtschaft, die Naturschutzgebiete und empfindlichen Öko-Systeme vor möglichen Beeinträchtigungen schützen, die von gentechnisch veränderten Pflanzen ausgehen“, so Joseph Wilhelm, Vorstand von RAPUNZEL NATURKOST. „Die viel gepriesene Koexistenz von konventioneller, ökologischer und gentechnisch veränderter Landwirtschaft gibt es nicht.“ Wie schon im letzten Jahr, begleiten Wilhelm auf seinem langen Protestmarsch mehrere tausend Menschen. Neben Gästen aus der Bio-Branche werden bei Zwischenstationen die Träger des Alternativen Nobelpreises Percy und Louise Schmeiser aus Kanada und Dr. Vandana Shiva aus Indien erwartet. „Genfrei-Gehen“ lädt jeden ein, eine Etappe oder auch nur ein Stück mitzuwandern oder sich in anderer Form zu engagieren.

Weitere Infos unter: [www.genfrei-gehen.de](http://www.genfrei-gehen.de) mh

## Essen gegen Gentechnik

Insgesamt neun Gastronomen und Hoteliers in der Region Klützer Winkel an der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern unterzeichneten im Juni eine Erklärung, in Zukunft auf die Verwendung gentechnisch veränderter Lebensmittel in ihren Betrieben zu verzichten. Unterstützt werden sie von der „Initiative Gentechnikfreie Regionen“ und Greenpeace. Jeder beteiligte Gastronom verpflichtete sich, nur Produkte einzusetzen, die der Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ nach EU Verordnung entsprechen, so eine Pressemitteilung. Dafür suchen sie jetzt Bauern aus der Umgebung, die eine gentechnikfreie Fütterung der Tiere garantieren können. Im Rahmen dieser Initiative soll ein Netzwerk von Landwirten, verarbeitenden Betrieben, Lieferanten und den verbrauchenden Betrieben entstehen, welches die Transparenz im Umgang mit Agrogentechnologie herstellen könne. mh

Kurzes am Rande

## Aigner blickt nach Brüssel

Die Landwirtschaftsministerin will eine Änderung der EU-Patentrichtlinie

Weitgehende Einigkeit bestand zwischen den Vertretern von Bauern- und Umweltverbänden und Kirchen, die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zu einer Diskussion über die Patentierung von Tieren und Pflanzen eingeladen hatte: Ein Patent auf Pflanzen und Tiere darf es nicht geben. Einzig die Vertreter der Wirtschaft waren hier anderer Meinung.

Angestoßen wurde die derzeitige Debatte um die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren ganz wesentlich von „Kein Patent auf Leben“: Kontinuierlich hatte der Verein, allen voran Ruth Tippe, die Entwicklungen am Europäischen Patentamt in München verfolgt. In detektivischer Kleinarbeit hat Ruth Tippe die Vielzahl bereits eingereichter Patentanträge und erteilter Patente auf Tiere und Pflanzen zusammengestellt und es damit geschafft, auch Außenstehenden die enorme Zunahme derartiger Anträge zu verdeutlichen.

Im Vorfeld des Treffens betonte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bunds ökologische Lebensmittelwirtschaft: „Nutzpflanzensorten und Haustierrassen sind durch eine Jahrtausende lange Agrar-

tente wesentlich zu einer Verteuerung der Produkte für den Verbraucher bei. Deutlich positionierte sich auch der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, Dr. Helmut Born: Keine Patente auf Pflanzen und Tiere, Patente sind innovationsfeindlich und darüber hinaus gebe es eine Unschärfe bei der Differenzierung von biologischen und technischen Verfahren. Genau auf diese Trennung aber kommt es an. Schon jetzt sind Patente auf Pflanzen und Tiere verboten. Die Industrie nutzt deshalb die Möglichkeit, zur Untersuchung oder Züchtung eingesetzte technische Verfahren zu patentieren, um das Verbot zu umgehen. Martin Hofstetter von Greenpeace forderte ebendiese Grauzone in der europäischen Rechtslage zu beseitigen.

Da ein bedeutender Teil der Patente auf der Grundlage der europäischen Patentrichtlinie erteilt wurden, wäre eine Änderung der Europäischen Patentrichtlinie notwendig. Frau Aigner hat angekündigt, eben dies in Angriff nehmen zu wollen. Dass ein derartiges Vorgehen einen langen Atem braucht und gut mit den anderen Mitgliedsländern abgestimmt sein muss, wenn man verhindern will, dass die EU-Patentrichtlinie zum schlechteren geändert wird, dürfte der Ministerin bewusst sein. Unterstützung bekommt sie durch eine Bundesratsinitiative aus Hessen und Bayern, die vom Bundesrat in den Ende des Monats tagenden Europaausschuss verwiesen wurde. Dass der Bundesrat eine direkte Sachentscheidung ablehnte, hängt unter anderem an der Haltung von Ländervertretern wie dem niedersächsischen Hans-Heinrich Ehlen, der zuerst die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts abwarten will. In Niedersachsen hat mit der KWS eines der größten deutschen Pflanzenzuchtunternehmen seinen Sitz.

Diese Haltung liegt auf einer Linie mit der der Vertreter der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB), die keinen Änderungsbedarf sieht. Vielmehr sei der derzeitige rechtliche Rahmen ausreichend. Aus Sicht der DIB übernehmen Patente eine wichtige Funktion wenn es darum geht, neue Forschungsergebnisse eines Unternehmens zu sichern und finanziell nutzbar zu machen. Gerade die von verschiedenen Verbänden und Organisationen eingereichten Einsprüche beim Europäischen Patentamt machen jedoch deutlich, dass es eine rechtliche Grauzone gibt, die es Unternehmen ermöglicht, Pflanzen und Tiere zu patentieren. Somit besteht die Gefahr, dass der bisher weitgehend freie Zugriff auf Sorten und Nutztiere durch Patente in den Händen weniger, weltweit agierender Unternehmen massiv eingeschränkt wird.

mn



Nicht nur Bauern, auch ein Großteil der Verbraucher ist gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren.

Foto: Nürnberger

## Google fördert Gentechnik

Google erhöht seine Investition in das kalifornische Biotechnologieunternehmen „23andMe“. Nach Pressemeldungen habe der Konzern bereits vor zwei Jahren 3,9 Millionen US-Dollar in das auf DNA-Analyse spezialisierte Unternehmen gesteckt. Jetzt seien weitere 2,6 Millionen US-Dollar in Form von Aktienkäufen gefolgt. Außerdem habe Google im November 2007 Anteile im Wert von 500.000 US-Dollar von einem Investor übernommen. Der Suchdienstleister halte einen nicht näher bezifferten Minderheitsanteil an 23andMe. Alternative Suchmaschinen unter: <http://www.kachold.de/suchmsch.html> mh

kultur entstanden und das Werk von Generationen von Bauern und Züchtern. In wenigen Jahren droht nun dieser gemeinsame Schatz in den Tresoren einiger weniger Weltunternehmen zu verschwinden.“ Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, betonte bei dem Treffen mit der Ministerin, dass die Beweislast im Fall einer Patentrechtsverletzung umgedreht werden muss. Damit obliege es dem Patentinhaber, einen Missbrauch nachzuweisen. Aus Sicht der Verbraucherzentralen tragen Pa-



## Wer hätte das gedacht?

MON 810-Verbot in 2. Instanz bestätigt

Seit dem 17. April 2009 gibt es nun als 6. EU-Land – nach Österreich, Ungarn, Griechenland, Frankreich und Luxemburg – auch in Deutschland ein Anbauverbot von MON810.

Bemerkenswert ist der Kurswechsel des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) – der Behörde, die bspw. Genehmigungen für Freisetzungsversuche erteilt, oft mit dem Verweis, es gebe nur ein minimales Risiko. Jetzt, nach Anweisung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, hat sie das Ruhen der Anbaugenehmigung von MON 810 angeordnet.

Ein Ruhen der Anbaugenehmigung für einen GVO kann angeordnet werden (§ 20 Abs. 2 GenTG), wenn nach Erteilung der Genehmigung neue oder zusätzliche Informationen bekannt werden, die Auswirkungen auf die Risikobewertung haben, und ein berechtigter Grund zu der Annahme besteht, dass der GVO eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellt. Genau auf diesen Paragraphen beruft sich die Landwirtschaftsministerin und „zieht“ damit die in der europäischen Gesetzgebung vorgesehene Schutzklausel. Das BVL hat in seiner Begründung eine ganze Reihe neuer Studien und Erkenntnisse über mögliche Gefahren für die Umwelt aufgezeigt

Das Bt-Toxin kann in höhere Trophieebenen gelangen, das heißt sie reichern sich in der Nahrungskette an.

Der Polleneintrag ist wesentlich höher und weiter als angenommen. Das Bt-Protein wird durch Pollen mehr als 2 km in die Umgebung hinein getragen.

Neben dem Maiszünsler reagieren auch verschiedene andere Schmetterlingsarten empfindlich auf das Bt-Toxin, die Folgen sind bspw. ein Sterben der Larven.

Versuche mit dem Zweipunktmarie Käfer zeigten eine erhöhte Sterblichkeit.

Anders als bei den im Ökolandbau verwendeten Bt-Präparaten scheint der Bt-Pollen durch UV-Strahlung nicht unschädlich gemacht zu werden.

Die Verweildauer im Boden beträgt mehr als 200 Tage und es gibt Hinweise für Auswirkungen auf Bodenorganismen.

Das Bt-Toxin wird in Oberflächengewässern eingetragen und sowohl Wasser als auch Sediment kann beträchtliche Mengen des Toxins mitführen. Köcherfliegenlarven, die die Bioindikatoren für Gewässergüte darstellen und eine wichtige Funktion in der Nahrungskette haben, sterben bzw. zeigen eine verlangsamte Entwicklung auf. Diese neuen und zusätzlichen wissenschaftlichen Informationen geben nach Ansicht des BVL berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON

810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Sie berufen sich auf das Vorsorgeprinzip, das in solchen Fällen ermögliche, vorläufige Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu ergreifen.

Das Unternehmen Monsanto betont hingegen immer wieder, von der Sicherheit seiner Technologie überzeugt zu sein. „Das willkürliche Verbot von MON 810 durch Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner ist nicht durch überzeugende wissenschaftliche Beweise untermauert, die eine solche Maßnahme rechtfertigen würden“, betont Ursula Lüttmer-Ouazane, Geschäftsführerin Monsanto Agrar Deutschland. Es gäbe einen immensen Schaden in Mio-Höhe für das Unternehmen. Bisher hat das Verbot in zwei Instanzen dem vom betroffenen Unternehmen Monsanto angestrebten Eilverfahren widerstanden und gibt dem BVL in seiner Argumentation recht. Abzuwarten bleibt jetzt, wie sich das Unternehmen Monsanto weiter verhält und wie die Gerichte in dem für Herbst angekündigten Hauptsacheverfahren entscheiden. Von Seiten der Bundesregierung bleibt abzuwarten, ob das Verbot mehr war als ein partei- und wahltaktisches Manöver der CSU im Angesicht schwächelnder Umfragewerte.

av/mn

## Amflora auf der Kippe

Die Zulassung der umstrittenen Gentek-Kartoffel Amflora des BASF-Konzerns bleibt ungewiss. Trotz Bedenken der Weltgesundheitsorganisation WHO und der europäischen Arzneimittelsicherheitsbehörde EMEA hält die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in einem erneuten Gutachten Amflora grundsätzlich für unbedenklich. Allerdings gab es erstmals in der Geschichte der Behörde abweichende Meinungen unter den Wissenschaftlern, berichtet der Pressedienst AFP. So sei es nach zwei Forschern „unvorsichtig“, mögliche negative Folgen zu „verharmlosen“. Ihrer Ansicht nach sind Folgen des Anbaus auf die Umwelt „wahrscheinlich“. Die EU-Kommission wollte diese erste Unstimmigkeit innerhalb der EFSA nicht kommentieren. av

## WWF und Gentechindustrie unter einer grünen Decke

Ein neuer, vermeintlicher Umweltstandard zertifiziert nachhaltiges Gensoja

Verantwortungsvoll und nachhaltig produziert Gen-Soja, geht das? Dass multinationale Unternehmen wie ADM oder Cargill, Shell oder BP, Monsanto oder Syngenta dem zustimmen würden, mehr noch gerade zu froh wären, wenn man mit so einem Standard die Gentechnik salonfähig machen könnte, ist selbstverständlich. Aber das eine Umweltorganisation, in diesem Fall der WWF, so etwas gut heißt bzw. sogar den dahin führenden Prozess angestoßen hat, ist mindestens verwunderlich, nach Meinung vieler anderer Nichtregierungsorganisationen ärgerlich. Der Runde Tisch zur verantwortungsvollen Sojaerzeugung (RTRS) ist ein Kind des WWF, dessen Spezialität es ist, mit der Industrie über Partnerschaften durchaus lobenswerte Projekte für beide Seiten zu initiieren. In Sachen Soja ist ihnen das missglückt. Denn der RTRS, der – wenn auch zunächst probenhalber für ein Jahr – einen Standard installiert, der Gentechnik und Nachhaltigkeit unter einen Hut bringen soll, nützt nur einer Seite, der Industrie. Sie kann damit sich und ihren ausbeuterischen Methoden für Mensch und

Umwelt, die allein schon das System des Gensoja-Anbaus mit sich bringt, unter eine grüne Decke stecken. „Der WWF hat sich das Heft aus der Hand nehmen lassen“, sagt Jochen Koester von Trace Consult, einer Beratungs-Firma, die an der Entwicklung gentechnikfreier Handelsströme beteiligt ist. Nun sei der Runde Tisch ein reines Greenwashing-Projekt der Industrie geworden. Koester ärgert besonders, dass mit den sogenannten Baseler Kriterien und dem darauf basierenden ProTerra-Label seit Jahren ein bewährter Standard existiert, mit dem gentechnikfrei und nachhaltig erzeugtes Soja vermarktet werden kann. 12 % der brasilianischen Sojaernte wurden 2008 mit dem ProTerra-Label verkauft, gentechnikfrei erzeugt wird allerdings fast die Hälfte der Sojaernte in Brasilien. Nur mangelt es an Abnehmern, die die höheren Kosten für Trennung und Zertifizierung nicht scheuen. Kommt nun ein Gentech-Nachhaltigkeitslabel, steht es zu befürchten, dass noch weniger gentechnikfreies Soja vom Handel nachgefragt wird. Diese Befürchtung mit der Bitte, den Standard nicht zu installieren,

formulierten noch kurz vor der Entscheidung verschiedene Bauern- und Umweltorganisationen in Deutschland unter anderem die Abl in einem Brief an den WWF wie auch an Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) berät als Arm des Ministeriums beim RTRS. WWF wie auch Ministerium berufen sich darauf, dass die Gentechnik nicht aufzuhalten sei und man dann doch wenigstens flankieren müsse. Dass man sich damit erst zum Wegbereiter der Gentechnik macht, zeigt auch ein Kundenrundsreiben einer großen Schweizer Genossenschaft für Agrarprodukte. In ihm wurde schon vor Verabschiedung des Standards angekündigt, dass man nun auch nachhaltig produziert Gensoja anbieten könne. Und zwar deshalb, weil Handelspartner Cargill Teilnehmer des RTRS sei. Offensichtlich reicht schon ein „mit Umweltschützern am Tisch sitzen“ aus, um Gensoja ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

cs

## Zulassung auf dem Prüfstand

Grundlegende Änderungen stehen offenbar beim Zulassungsverfahren der Europäischen Union für gentechnisch veränderte Organismen an. Karl Falkenberg, Generaldirektor der zuständigen Umweltabteilung in der EU-Kommission kündigte diese Woche an: „Wir müssen dringend ein paar Hausarbeiten erledigen.“ Die Kommission möchte in Zukunft keine Vorschläge mehr machen, die dann am EU-Ministerrat scheitern. Hintergrund ist ein offensichtlicher Schwenk der Mitgliedsstaaten, die sich in der Vergangenheit immer öfter am Votum der Bevölkerung akzeptierten und GVO's ablehnten. mn

## Neuland im Osten

Helmut und Petra Peters haben in Mecklenburg-Vorpommern mit viel Engagement einen Betrieb aufgebaut

„In den Osten zu gehen hat mein Bewusstsein verändert“, resümiert Helmut Peters nachdenklich nach sechzehn Jahren Mecklenburg Vorpommern. Wäre er damals nicht durch den Bau einer Umgehungsstraße dazu gezwungen worden, seinen landwirtschaftlichen Betrieb im südniedersächsischen Fischbeck aufzugeben, stünde er heute auch persönlich woanders, so seine Mutmaßungen. Erst der Zwang, sich mit dem altbekannten, immer so gelebten, von der Beratung so empfohlenen in Form eines Abschieds auseinanderzusetzen, hat ihn Missstände erkennen und für sich beschließen lassen, dass er das so nicht

Nachbarn, als damals zunächst er im Wohnwagen hauste. Ein Jahr später war dann auf einer inzwischen gekauften Hofstelle mit alten Gebäuden eines DDR-Sauenbetriebs das Wohnhaus gebaut und Petra Peters kam mit den damals noch sehr kleinen zwei Kindern nach. In ein Altgebäude bauten sie eine Wohnung für die Eltern von Helmut Peters, die der jungen Generation in den Osten folgen wollten. „Wir haben immer ein gutes Verhältnis gehabt“, sagt Petra Peters, deshalb sei es keine Frage gewesen, den Schwiegereltern den Wunsch zu erfüllen, „da zu sein, wo gewirtschaftet wird.“ Auch Petra Peters beschreibt die

zeugt, „wäre das Ende der Massentierhaltung.“

Ein ehemaliger Mitlehrling von Helmut Peters zeigte ihm schließlich, dass es auch anders geht. Der hatte nämlich einen Neulandstall und wurde Peters ein offener, ehrlicher Ratgeber. „Ich guckte mir dann ganz viele Betriebe an, weil ich Vieles einfach nicht geglaubt habe“, so Peters: Dass die Schweine wirklich nur draußen koten, dass es eben doch anders geht, als alle Anderen es einem vorbeten. Schließlich war er überzeugt, aber es blieb noch eine andere Hürde. „Meine Frau wollte es nicht, sie sah zu Recht die zusätzliche Arbeitsbelastung.“ Überzeugt hat sie schließlich die Qualität des Fleisches nach einem Großeinkauf in einer Neuland-Metzgerei. Heute ist sie tragende Säule im Sauenstall mit 60 bis 70 Tieren. Sie hat das Händchen und Gefühl für die Ferkel und managet die Buchführung. Nachdem die Kinder groß sind, bietet der landwirtschaftliche Betrieb nun beiden Peters Arbeit und einem festen Mitarbeiter noch dazu. Die Ferkel gehen an einen Neuland-Mäster 100 km weit weg, natürlich gab es schon bessere Preise, aber die Peters gucken da nicht so genau hin, das koste nur Nerven.

### Fragen der Frauen

Für die Gegend ist es ein ungewöhnlicher Betrieb, anders als die großen LPG-Nachfolger oder die reinen Ackerbauneueinrichter oder die extensiven Biobetriebe. Deshalb kommen zu den Peters gerne mal Besucher, regelmäßig Fachschulklassen aus Güstrow. Helmut Peters sieht das mit einem lachenden und einem weinenden Auge, einerseits möchte er gerne gerade junge Leute dazu bewegen, darüber nachzudenken, dass es noch mehr gibt im Leben als Gewinnmaximierung und Wachsen oder Weichen oder eben auch ein willenloses Sich-Fügen in die „Großbetriebsmentalität“, wie er es nennt. Andererseits ärgert es ihn, wenn immer wieder nur die gleichen Fragen nach „wieviel aufgezogene Ferkel pro Sau“ oder abfällige Bemerkungen über Misten wie bei Oma und Opa kommen. „Die Frauen stellen die besseren Fragen“ und seien auch häufig nicht so besessen von dem, was von Beratung und Verband so vorgebetet würde. Das lässt ihn dann doch wieder weitermachen mit den Betriebsführungen für die Klassen. „Früher wollte ich immer alle mitnehmen, heute denke ich mir, wenn da ein, zwei dabei sind, die anfangen, sich Gedanken zu machen, ist das gut“, resümiert er. Ähnliches gilt für sein Engagement gegen die Gentechnik, auf

Veranstaltungen die er bestreitet. Unumwunden gibt er zu, dass auch er da am Anfang ganz unbedarft war, als eine Saatgutfirma 1999 bei ihm anfragte, ob sie Versuche mit Genraps auf seinen Flächen machen dürfte. Als dann die Ernte behandelt wurde als sei sie „radioaktiv“, sei er stutzig geworden, habe angefangen sich zu informieren, habe die mit der Gentechnik einhergehende Abhängigkeit von den Konzernen wahrgenommen und begonnen, sich über die AbL dagegen zu engagieren. „Gentechnik ist Landwirtschaft für Blöde“, sagt er provozierend, sie passt zu Strukturen, die immer weniger auf eigenverantwortliches Arbeiten setzen, so wie sie eher in den großen Betrieben im Osten zu finden seien, nicht umsonst gab es in Ostdeutschland die meisten Gen-Äcker.

### Zu wenig Schweine

Gleichzeitig bemüht sich die Politik auch, ein anderes Bild zu zeichnen, will vermeintlich auch eine nachhaltige Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung fördern. So sieht es jedenfalls ein Mecklenburg-Vorpommersches Förderprogramm vor, das die Peters mit ihrem Betrieb gerne in Anspruch nehmen wollten. Der Antrag wurde abgelehnt, mit der Begründung, es gebe eine Mindestbesatzdicht von 0,3 GVE pro Hektar, die der Betrieb nicht erreiche. Man wolle ausschließen, dass eine Hobbytierhaltung gefördert werde, so die Erklärung. Helmut Peters ist sauer: „Da ist ein Fehler gemacht worden und das gibt keiner zu, außerdem ist es eigentlich nicht politisch gewollt, solche Betriebe wie unseren zu fördern.“ Es gehe eindeutig darum, die großen Milchviehbetriebe zu unterstützen, sagt denn auch Neuland-Berater Bernd Kuhn. Aber Helmut Peters gibt sich nicht zufrieden mit der Absage und schreibt Briefe ans Bundes- und Landesministerium, führt die aufgeschlossenen Mitarbeiter des zuständigen Landwirtschaftamtes über seinen Betrieb. Noch ist diese Auseinandersetzung für ihn nicht zu Ende.

Er sei gereift im Osten, sagt er, ob es nun das Alter oder der Ortswechsel war, „meine Biographie wäre sicher eine andere gewesen, wenn wir in Fischbeck geblieben wären.“ Vielleicht gäbe es einen widerständigen Kopf weniger auf dem Lande, vielleicht einige tausend Neuland-Ferkel nicht, vielleicht wäre eine gentechnikfreie Region in der Republik kleiner, vielleicht das Leben eines Menschen und seiner Familie weniger zufrieden. cs



Engagiert gegen Gentechnik und für artgerechte Schweinehaltung.

Foto: Schievelbein

mehr will. 1993 gründeten Peters und seine Frau Petra auf 64 Hektar gekauften Ackerlands bei Güstrow in der lieblichen, aber auch menschenleeren Landschaft Mecklenburg-Vorpommerns ihren neuen Betrieb. Die Perspektive vor Ort sieht langfristig Aufstockungsmöglichkeiten auf rund 200 Hektar vor, das – so beschließen die Peters – sei eine gute Größe, um von einem reinen Ackerbaubetrieb leben zu können. In der Goldgräberstimmung Anfang der 90er kamen viele aus dem Westen in den Osten, um dort kostenoptimiert auf großen Flächen die Wachstumssprünge zu machen, die ihnen auf ihren Westbetrieben nicht möglich waren, sie belächelten die Peters. „Für Viele ist das, was wir hier machen, Spielen im Sand“, sagt Helmut Peters und ärgert sich oft über jene westliche „Siegermentalität“, die ihm viel begegnet sei. „So wie man in den Wald hineinruft, schallt es heraus“, sagt er und berichtet von einer sehr freundschaftlichen Aufnahme und Hilfsbereitschaft durch die

Aufnahme ins Dorf als offenes Aufeinanderzugehen, die Tatsache, dass ihre Tochter bald nach dem Umzug eingeschult wurde, half neue Wurzeln zu schlagen.

### Masse ohne Schwänze

Der landwirtschaftliche Betrieb lief, und doch hatte Helmut Peters das Gefühl „ihm fehle was.“ Ohne Tiere kam er sich irgendwie vor, als wäre er kein richtiger Bauer. Aber so wie in Fischbeck wollte er inzwischen keine Tiere mehr halten. „Wir hatten Probleme, von denen ich heute überzeugt bin, dass sie haltungsbedingt waren“, und doch nahm er es damals so hin, wenn es z. B. nach dem Absetzen zu blutigen Auseinandersetzungen kam, dann spritzte man eben was oder sogar mit Diesel übergossen habe er die Tiere, damit sie nur voneinander ließen. Unangenehm fand er auch das Abkneifen der Schwänze und Zähne, aber anders ging es eben nicht. „Ein Verbot des Schwänzekupierens“, ist Peters über-

## Konkurse um Hilse

Viele Posten führen nicht immer zum Erfolg für die Unternehmen

**B**auernverbands-Vizepräsident Hilse hat einige seiner mehr als 20 Posten verloren. Sein CMA-Aufsichtsratsvorsitz endete durch die CMA-Auflösung, in der UNIKA (Organisation der Kartoffelbranche) wurde er nicht wieder gewählt, sein Vorstandsamt bei der Wittinger Biodiesel eG endete durch Konkurs der Firma. Nun nahm auch die von ihm indirekt mit geleitete Warenterminbörse (WTB) in Hannover ein trauriges Ende: Die WTB kam laut HAZ auch nach der Fusion mit der Decredo München (Vermittler von Kreditforderungen) und der Umbenennung in RMX nie aus den roten Zahlen und ging Anfang 2009 wegen Überschuldung in die Insolvenz, weil die neue Sparte Kredithandel Millionen in den Sand gesetzt hatte. Das Agrargeschäft wurde dennoch von der Eucomex weitergeführt, gegründet von der EWB, einem der RMX-Gesellschafter. Doch für den Handel mit Terminkontrakten für Schweine und Weizen fehlte das Geld, so dass diese Bereiche nun künftig am Börsenplatz Frankfurt gehandelt werden, von der Eurex, einer Tochterfirma des Börsenbetreibers Deutsche Börse AG. Die nun erst mal überflüssige Eucomex soll mit dem Handel von erneuerbaren Energien fortgeführt werden.

- Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft
- Vorsitzender des Bundesverbandes der Stärkekartoffelerzeuger BVS
- Vorsitzender des Vereins der Europäischen Stärkekartoffelerzeuger CESPU stellv. Vorstandsvorsitzender des niederländischen Stärkeherstellers Avebe
- Vorstand der Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Vorstand des Niedersächsischen Landfrauenverbands
- Präsidium der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- Vorstand der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR)
- Aufsichtsrat der Vion Holding N.V. (niederländisch-deutscher Fleischkonzern)
- Beirat Bundesbank-Hauptverwaltung Hannover
- Aufsichtsrat LAND-DATA
- Vorstand der i.m.a.
- Agrarkreditausschuss der Nord/LB
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats des Deutschen Landwirtschaftsverlags GmbH
- Aufsichtsratsvorsitzender der Landvolkdienste GmbH



Es war einmal! Werner Hilse (li) als Aufsichtsratsvorsitzender der CMA

Foto: Grüne Woche

### Landwirtschaftsbetrieb

Warpke (Kreis Lüchow-Dannenberg):  
330 Hektar mit intensiver Schweinemast  
(über 2.000 Mastplätze),

Beteiligung an einer Putenmastanlage in  
Darnebeck/Sachsen-Anhalt

### Posten und Funktionen, soweit bekannt:

- Präsident des Niedersächsischen Landvolks
- Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands („Außenminister des Verbands“)

- Vorsitzender der Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte
- Aufsichtsrat der Vereinigten Tierversicherung AG (R+V-Versicherungsgruppe) Tätigkeit in vielen Fachgremien beim europäischen Bauernverband COPA sowie bei der Europäischen Kommission

Aufsichtsrat der Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin GmbH (bis zur Auflösung)

en

## Gesundheit!

**D**er Mondkalender rät mir: Geraten Sie nicht aus der Fassung! Das entlockt mir nur ein müdes Lächeln. Zum ersten Mal in meinem Leben bin ich ernsthaft krank, und das nun schon seit mehreren Wochen. Und es scheint so, als haben sich Alle gegen mich verschworen und ich werde noch regelrecht bestraft dafür. Sozusagen doppeltes Pech. Im Krankenhaus trifft mich ein herablassender Blick der Schwester, als ich



...aus dem Wendland

erzähle, ich bin eine Milchbäuerin. Die Bemerkung, es doch lieber mit einem Golf- oder Campingplatz zu versuchen, kann sie sich nicht verkneifen. Währenddessen gerät zu Hause alles aus den Fugen. Erst im zweiten Anlauf gelingt es, eine Person zu finden, die den Belastungen von Haushalt, dementer Altenteilerin und unserem Wachhund gewachsen ist. Es muss noch die Verhinderungspflege

durch den Pflegedienst organisiert werden. Alle zuständigen Stellen versprechen unproblematische Lösungen, die sich im Nachhinein aber ganz anders darstellen. Mitten in der Frühjahrsbestellung wird der Melkplan umgestellt, und irgendwie wurstelt man sich durch, während ich im Bett die Tage zähle. Das Heimweh plagt mich, und von Besuch kann ich nur träumen. Glücklicherweise gibt es das Telefon, für das mir gnädigerweise nach drei Tagen eine Putzfrau eine Karte besorgt. Nach 14 Tagen dann endlich die herbeigesehnte Entlassung. Aber nein, man will mich mit Bus und Bahn auf die Heimreise schicken, obwohl gar keine Verbindung bis in unser kleines wendländisches Dorf besteht und ich nicht selbständig geradeaus gehen kann, geschweige denn Gepäck schleppen. Ich rufe mir ein Taxi, berappe 150 Euro und lande glücklich zu Hause, bis ich mein Büro betrete. Die Bürokratie war mir schon vorausgeilt, also schnell die Tür wieder zu!

Am nächsten Tag geht es mir schlecht. mein Arzt hat Urlaub. Gibt es eine Vertretung? Fehlanzeige. Den ganzen Vormittag telefoniere ich herum. Endlich finde ich eine Praxis, bei der ich hineinschauen darf. Wichtigstes Kriterium: 10 Euro Praxisgebühr! Es stellt sich heraus, dass das vorher verschriebene Medikament umstritten ist in puncto Verträglichkeit. Macht nichts, dann nehme ich eben privat bezahlte Tabletten ein.

Die nächsten Wochen bin ich immer noch krank. Wie ferngesteuert schlepe ich mich durch den Alltag. Ich kämpfe mit dem Wäscheberg. Im Büro mache ich es genauso. Erstmal vorsortieren. Reinhard May kommt mir in den Sinn: einen Antrag für den Antrag eines Antragsformulars... Ich will aufgeben. Da sollen Fragen beantwortet werde, die der Krankenkasse längst bekannt sein müssten. Es wird um Atteste gebeten, aber bitteschön auf kasseneigenen Formularen. Es sind Fristen gesetzt, die schon deshalb nicht eingehalten werden können, weil vorher nicht abzusehen ist, wie lange der Krankheitszustand noch anhält. Ansonsten stellen sie einen neuen Antrag. Ach, das Formular nicht kopiert? Wir schicken ein neues. Fast jeden Tag grüßt mich der Postbote freundlich und überbringt mir neue Fesseln, die mich an den Schreibtisch ketten. Ach ja, und dann ist da noch die Sache mit dem Mitarbeiter, dem wegen meiner Krankheit eine neue Job-Perspektive geboten wird. Nach dem korrekten Ausfüllen der Anträge dürfen wir in ca. acht Woche auf einen Zuschuß hoffen. Wie gesagt, nur nicht aus der Fassung geraten – und immer schön gesund bleiben.

Eine Bäuerin (50 Jahre) erzählt...

## Leserbrief

**Milchbäuerinnendemonstration**

Immer mehr kann man jetzt lesen, hören und auch von der Ferne sehen, von den Milchbäuerinnen, die sich jetzt auf die hinteren Füße stellen, um gegen ihre ungerechte Situation zu kämpfen! Sogar „beckmann“ interessiert sich jetzt auch für die tapferen Milchbäuerinnen, die ihren Leib und Leben daran geben, um ihren seit Jahrhunderten gewachsenen und erhaltenen Lebensraum zu retten! Und Beckmann ist überrascht, von der Schlagfertigkeit und der Energie, die hinter den aktiven Bäuerinnen steckt, dass er fast nicht mehr weiss, was er fragen will! Auch die höchste Frau des Bundes, für die Landwirtschaft, muss in die zweite Reihe in der Gesprächsrunde! Auch eine Milchbäuerin, vom Bauernverband, die aber in anderen Schuhen steckt, darf und kann sich nicht mit den Kämpferinnen der nackten Milchwirtschaft verglei-

chen, die ihre Einnahmen noch aus anderen Quellen verbessern kann!

„Milchbäuerinnen an die Front“, heißt es jetzt im Inneren und Äußeren, wenn man seine mit viel Liebe, Kraft und Arbeit bisher erhaltene Milchexistenz noch weiterhin erhalten will! Warum kann man jetzt in dem letzten halben Jahr die Milchpreise und den Lohn der ganzen Milchfamilien so ins Bodenlose und Ungerechte drücken?? – weil genug oder zu viel Milch da ist? – die war doch die letzten zehn Jahre genauso da! Und der Milchpreis für die Bauern war noch so, dass man nicht ganz am Untergang stand! – und dann sagt man noch, dass jetzt die Verbraucher weniger Milchprodukte kaufen, obwohl sie jetzt so billig sind wie nie! – glaubt Ihr das?? Das sind alles Parolen von Aldi und Co, die sowieso schon zu geringen Preise voll-

ends in die Taschen stecken wollen, mit psychologischen Tricks und damit die Verbraucher anlocken, dass diese ihre Geldbeutel noch aufmachen, dass bei den Lebensmittelverschleudern noch guter Samen eingeht! Dafür sind Milchprodukte die beste Möglichkeit, weil die jeder noch braucht! Dass aber die Milch an der Quelle nicht aus der Wasserleitung kommt, daran denkt keiner! Auch nicht, dass die Milchbauern und ihre Familien Tag und Nacht, Jahr ein und aus an ihrer Arbeit hängen und hängen müssen, mit viel Energie und Verantwortung. Das interessiert keinen mehr! Was aber daraus entsteht, wird Jeder noch erfahren! Es wäre gut, wenn jeder einmal, – auch die Verbraucher – die Bosse von den Alleskauputmachern, und die Herren und Damen in den Regierungssitzen im

Land, Bund und in der EU, einmal vier Wochen lang, von morgens bis abends, auch Samstags und Sonntags mit den Milchbäuerinnen mitschaffen, mitdenken und mitsorgen müssten und dann am Ende des Monats, nach allen Abzügen, den Lohn empfangen, der ihnen noch bleibt. Dann würden alle die Milchpreise schnell den Anforderungen anpassen und auch auf die Milchbauerdemonstrationen mitgehen, noch lauter und radikaler, vor die Aldizentralen und auch vor dem Bundeskanzleramt dann nachts sich auch noch mit der kalten Berechnungsanlage besprühen lassen. Das wäre doch einmal ein großes Angebot – oder nicht? – und eine gewaltige Verbesserung der ganzen Lage, auch für die noch fleißigen Milchbäuerinnen!

*Luise Wirsching aus Spielbach*

## Leserbrief

**Wann fällt das letzte Zehnerl?**

Die Bauern demonstrieren deutschlandweit für bessere Milchpreise und rufen die Politik um Hilfe. Die Politik hat ihnen schon geholfen, indem sie ihnen das Milchboard an die Hand gegeben hat. Das Milchboard ermöglicht den Bauern ohne kartellrechtliche Konsequenzen, ihre Angebotsmenge zu bündeln und der Nachfrage anzupassen, um so ein Gegengewicht zum perfekt organisierten Einzelhandel insbesondere den Discountern zu schaffen.

Verwunderlich ist jedoch, dass sich erst 30.000 der rund 100.000 Milchbauern in Deutschland dem Milchboard angeschlossen haben. Der Zusammenschluss würde den Bauern die nötige Verhandlungsmacht zur Durchsetzung höherer Preise gegenüber den Großkonzernen geben. Warum sich die Bauern nicht in dieser eigenständigen und unabhängigen Milcherzeugervereinigung organisierten, ist für jeden Betrachter unverständlich. Wahrschein-

lich geht es vielen Bauern noch zu gut oder der Neid und die Missgunst untereinander sind zu groß, dass dieser Schritt schwerfällt. Muss der Milchpreis erst auf zehn Cent fallen, damit bei den letzten Uneinsichtigen das Zehnerl fällt? Ohne die Vereinigung im Milchboard werden alle Hilfen der Politik nur Almosen bleiben und keinen Bauernhof retten. In der Einigkeit lässt sich die einzige Rettung für die Bauern erkennen. Bisher ist weder von der Po-

litik, den Molkereien oder den Lebensmittelkonzernen die Bereitschaft da, den Bauern kostendeckende Preise zu bezahlen, an einen Gewinn ist gar nicht zu denken. Deshalb können sich die Bauern nur selber helfen. Die Möglichkeit dazu besteht nur durch die Mitgliedschaft jedes Einzelnen im Milchboard.

*Johann Fürstenberger, Bernried*

## Leserbrief

**Dieselsteuer und Steuergerechtigkeit**

Die Kritik an der Steuerentlastung beim Agrardiesel kann ich nicht nachvollziehen. Natürlich ist die Entlastung für die Milchviehbetriebe bei dem derzeitigen katastrophalen Milchpreisverfall nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Den Milchbauern und Bäuerinnen hilft wirklich nur eine wirksame Mengenregulierung und deutlich steigende, faire Milchpreise, klar. Die nun etwas höhere, nur auf zwei Jahre begrenzte Steuerentlastung beim Agrardiesel ist gar keine Subventionierung und schon gar keine, wie der Eindruck erweckt wird, Privilegierung

der Landwirtschaft, sondern nur eine Teilrückerstattung von zu viel gezahlter Mineralölsteuer. Die Diesel- und Benzinsteuer soll doch nach dem Verursacherprinzip den Ausbau und die Instandhaltung des Straßennetzes finanzieren. Wir Bauern verbrauchen aber ungefähr 80 Prozent des Treibstoffs bei der Produktion von Lebensmitteln auf unseren Feldern und Höfen und nur etwa 20 Prozent bei Straßenfahrten. Eine gerechte Besteuerung von Agrardiesel läge also bei nur 20 Prozent vom vollen Mineralölsteuersatz. In der übrigen Wirtschaft wird mit billigem

Heizöl, Erdgas oder Kohle produziert, und der sehr umweltschädliche Flugverkehr, wo die Vielflieger nicht gerade zu der armen Bevölkerungsgruppe zählen, muss überhaupt keine Treibstoffsteuer zahlen. Dass nicht ausgerechnet bei der Produktion der lebensnotwendigen Güter für den Menschen, den Lebensmitteln, hohe Treibstoffsteuern erhoben werden dürfen, haben viele europäische Länder erkannt, nur unsere ehemalige rot-grüne Regierung wollte lieber bei den Bauern, die sie ja sowieso kaum wählen, noch mehr Mineralölsteuern kassieren, als der über-

mächtigen Flugzeuglobby auch nur einen Cent Kerosinsteuer abzurufen. In einer Zeit, in der nur noch über Milliardenbeträge geredet wird, geht offenbar das Gefühl dafür verloren, was die 350 Euro Selbstbehalt für die vielen kleinen Bauernhöfe, die sich der Rationalisierungs-, Wachstums- und Schuldentremühle verweigert haben, bedeutet. Es bedeutet oft weit über 100 Stunden Arbeit um diese 350 Euro, die ihnen verweigert wurden, zu verdienen.

*Gerd Gröschner*

## Der Kampf um die Milch

Im Mai 2008 gingen mehrere tausend Bäuerinnen und Bauern auf die Straße, um für einen besseren Milchpreis zu kämpfen. Zehn Tage stoppten sie den Milchfluss in die Molkereien. Das hat nicht nur die Verbraucher bewegt. Auch Politik, Industrie und der Deutsche Bauernverband konnten die entschlossenen Milchbauern nicht mehr ignorieren. Diese Broschüre dokumentiert das Geschehen während der Streiktage und beleuchtet die Interessen der beteiligten Akteure. Milchbäuerinnen und Bauern kommen zu Wort und berichten von ihren Erlebnissen auf den Dörfern. Von Angst und Verzweiflung und von Mut, Aufbruch und einem neuen Gefühl des Zusammenhalts. Der Streik zeigte seine Wirkung auf dem Markt. Und auch die Politik reagierte. Allerdings nicht zum Wohle der Milchbäuerinnen und -bauern. Die Broschüre erläutert die Zusammenhänge und Hintergründe politischer Entscheidungen und Geschehnisse nach dem Lieferstreik bis zum Sommer 2009. Auch im Jahr 2009 bewegen sich Milcherzeuger in ganz Europa. Die Preise sind so tief wie nie. In vielen Ländern gehen Bäuerinnen und Bauern auf die Straße und demonstrieren für neue Rahmenbedingungen. Die Broschüre bietet Aussichten auf

die kommenden Auseinandersetzungen in der Milchpolitik. Ein Dokument über die große Bewegung und das neue Selbstbewusstsein der Bäuerinnen und Bauern. Eine unerlässliche Grundlage, um Vergangenes zu begreifen und das Kommende zu gestalten. *mn*

„Der Milchlieferstreik 2008 und seine Folgen“, 52 Seiten, 4,- Euro, erschienen im ABL-Verlag.



### Der Milchlieferstreik 2008 und seine Folgen



Ein Dokument über die große Bewegung und das neue Selbstbewusstsein der Bäuerinnen und Bauern.

#### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**  
bitte ankreuzen

Ausgabe:  2009  2008  2007  2006  2005  2004  2003  
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 € NEU!
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 € NEU!
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Bewegte Zeiten,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Hoffestpaket mit Infomaterial und 50 Bauernstimmen	kostenlos

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

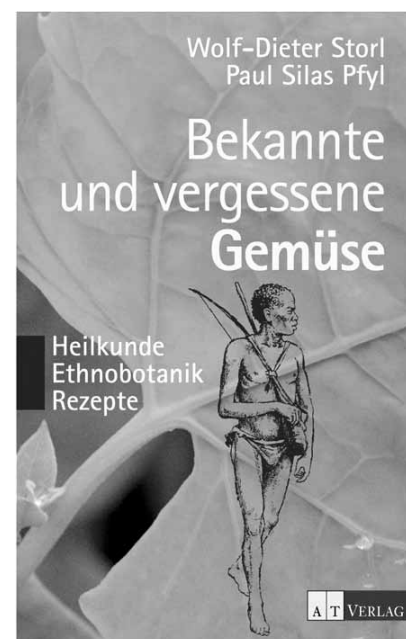
ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

#### Kurzes am Rande

### Bekannte und vergessene Gemüse

Pflanzen sind mehr als nur eine Zusammensetzung aus Nährstoffen und Vitaminen. Schon immer wussten Menschen um die besonderen Heilwirkungen und Mythologien unserer Kultur- und Wildpflanzen. Der Autor dieses Buches, Dr. phil. Wolf-Dieter Storl ist Kulturanthropologe und Ethnobotaniker. Er befasst sich mit der Herkunft, Heilkräften und Mythen bekannter, aber auch vergessener Gemüse- und Salatpflanzen. Er beschreibt die durch den Anbau bedingten Kräfte und Energien in Gemüsekulturen und deren Einflüsse auf den Menschen. Der Autor stellt 50 Gartengemüse, ihre Herkunft, Besonderheiten, die Pflege und raffinierte Rezepte vor. Von der Bohne, die ursprünglich eine Schlingpflanze in den südamerikanischen Tropen war, die Möhre als ein gut bekömmliches Wurmmittel bis zur Zwiebel, aus der mit Honig, Ziegenkäse und Brennessel eine ausgefallene Mahlzeit entsteht. Aber auch unbekannt und ungewöhnliche Gemüsepflanzen werden dargestellt. Der Knollenziest, ein aus Frankreich stammendes Wurzelgemüse als wichtige Heilpflanze oder die Samen und Blätter des Grünen Fuchschwanz, der von zunehmender Bedeutung für die Welternährung ist. Ein interessantes Buch mit neuen Einsichten für jeden Gärtner und Pflanzenfreund. mh

Wolf-Dieter Storl, Paul Silas Pfyl, *Bekannte und vergessene Gemüse*; 328 Seiten, ISBN 3-85502-808-7; 23,90 Euro. Zu beziehen über den ABL-Verlag



### Begleiter für Wanderungen

Die beiden vorgestellten Bücher stehen nur exemplarisch für viele Bestimmungsbücher aus dem Quelle & Meyer Verlag.

Der neu erschienene Grundkurs „Gehölzbestimmung“ ist eine Praxisanleitung zur Bestimmung der ca. 250 wichtigsten und verbreitetsten Gehölze in Deutschland. Es ermöglicht die Bestimmung nach Blatt-, Blüten- und Fruchtmerkmalen sowie die Bestimmung im Winterzustand. Dazu gibt es eine ausführliche Erläuterung des Bestimmungsschlüssels.

Es werden die wichtigsten Pflanzenfamilien und heimischen Waldgesellschaften vorgestellt und die Geschichte des Waldes in Mitteleuropa. Dazu gibt es reichlich Bilder. Das Buch bildet einen Brückenschlag vom Biologieunterricht „der Grundbauplan einer höheren Pflanze“ zum Spaziergang im Wald und der praktischen Anwendung. Mit seinem Format 17,5 x 10,5 cm bei 436 Seiten und einem Gewicht von ca. 500 g passt es gut in den Rucksack.

*Grundkurs Gehölzbestimmung*; Rita Lüder; ISBN: 978-3-494-01340-4; 19,95 €

Das Taschenlexikon der Pflanzen Deutschlands liegt in der 6. Auflage vor. 1.100 der wichtigsten und verbreitetsten einheimischen Pflanzen werden alphabetisch mit Bild, mit deutschem und wissenschaftlichem Namen vorgestellt. Neben Angaben zu Vorkommen, Blüten und Früchten gibt es Tipps für die Verwendung in der Küche oder zum Färben, bzw. Angaben über Giftigkeit und Einstufung als geschützte Pflanze. Praktisch ist das Register im Anhang mit der Auflistung nach Lebensräumen und Verwendungszweck. Das Buch bietet sich mit 592 Seiten als Exkursionsbegleiter und Nachschlagewerk an.

*Taschenlexikon der Pflanzen Deutschlands*; Ruprecht Düll / Herfried Kutzelnigg; ISBN: 978-3-494-01397-8; 24,95 €

**(Klein) Anzeigen****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS September 2009 ist am 17. August 2009.

**Hof und Arbeit**

Wir suchen für unseren 150 ha Gemischtbetrieb (Demeter) ab sofort einen Acker- und Futterbauern und/oder einen ErntehelferIn. Unser Betrieb liegt im Norden von Mecklenburg-Vorpommern in der Nähe von Stralsund. Eine Wohnung ist vorhanden. Alter Pfarrhof C. Resthöft, ☎ 038327-80090, mobil: 0173-9516495

Zuverlässige und freundliche Dorfhelferin / Landwirtin, 54 J., sucht kleine Landwirtschaft für Nebenerwerb auf Rentenbasis, Raum Allgäu / Obb. Wer wünscht sich Unterstützung und hätte Freude daran, mich einzulernen? Chiffre: 0907-1

**Tiermarkt**

Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

**KATZEN WÜRDEN MÄUSE KAUFEN** ... oder Reico. Feucht- und Trockenration für Hunde und Katzen ohne chemische Zusätze erhalten Sie bei Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166/1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

**Veranstaltungen****Nachhaltigkeit**

03. Juli 2009, Bad Herrenalb  
Nachhaltigkeit als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts – Global Governance für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft: Im Oktober 2008 erschien die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Die wirtschaftlichen, technischen, politischen und sozialen Herausforderungen für nachhaltiges Wirtschaften und die Gestaltungsspielräume für „Global Governance“ in der Zivilgesellschaft werden im Austausch mit zukünftigen Führungskräften ausgelotet. Eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Baden mit der Führungsakademie Baden-Württemberg und den Wirtschaftsjunioren Karlsruhe  
Anmeldung: Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-358, Fax: -358, www.ev-akademie-baden.de, Teilnahmebeitrag (inkl. Verpflegung) 100 €

**Bodenanalyse und Bodenmanagement**

09. Juli 2009, Holzhausen bei Landsberg/Lech  
Bei dem Praxis-Seminar beantwortet die Referentin, Dr. Andrea Beste, vom Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur in Mainz, u.a. folgende Fragen: Wie viel Wasser kann mein Boden bei Starkregen speichern? Wie viel Trockenheit fängt mein Boden auf? Wie muss Boden bewirtschaftet werden, damit seine ökologische Funktionsfähigkeit optimiert wird? Neben einer ca. einstündigen Einführung steht die Bodenansprache im Feld anhand der qualitativen Bodenanalyse im Mittelpunkt. Ziel des Feld-Workshops ist es, den eigenen Boden selbst beurteilen zu können, Strukturqualitäten zu erkennen und daraus Bewirtschaftungsentscheidungen abzuleiten. Das Seminar findet am Vormittag statt auf dem Betrieb Hans Pfänder, Schwabmünchen bzw. Magnuswerkstätten, Holzhausen bei Landsberg am Lech. Infos und Anmeldung: jrupp@biolandberatung.de, ☎ 08761-70248, Fax: -70047

**BIOGAS Intensiv**

Juli 2009, Wolpertshausen  
Qualifizierungslehrgang für Anlagenbetreiber in fünf Tagesmodulen, in allen Kombinationen individuell buchbar: 6. Juli: Prozessbiologie - theoretische Grundlagen, 7. Juli: Prozessbiologie - praktische Übungen / Exkursion, 8. Juli: BHKW/Wärmenutzung, 9. Juli: Sicherer und EEG-konformer Anlagenbetrieb, 10. Juli: Ökonomie und Vertragsgestaltung.  
Programm: www.biogas-intensiv.de/sommerkurs2009, Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum IBK, ☎ 07954 92620-3, Fax: -4, www.biogas-zentrum.de/ibbk/

**GVO – eine Lösung für das Ernährungsproblem?**

15. Juli 2009, Albig bei Alzey  
Der Referent Gottfried Glöckner berichtet als direkt betroffener Landwirt zu Fragen der Koexistenz mit Grüner Gentechnik, Haf-

tung bei Verunreinigungen, Wahlmöglichkeit für Verbraucher, Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit, Abhängigkeit der GVO-Anwender von Konzernen, Ernährungssicherung durch GVO-Pflanzen, Aussagen der GVO-Hersteller.

um 20:00 Uhr in der Gemeindehalle in Albig bei Alzey in Rheinhessen. Infos: Hans-Peter Koehler, ☎ 06731-96120

**Stadelkino**

28. bis 30. Juli 2009, Kalmenhof  
Das Evangelische Bauernwerk, Arbeitskreis Blaubeuren, präsentiert die folgenden Filme:  
28. Juli: „Out of Edeka“, anschließend Diskussion mit dem Regisseur (angefr.)  
29. Juli: „Lets make money“, anschließend Diskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Berger, Fachmann für Nachhaltige Wirtschaftsordnungen  
30. Juli: „Beste Zeit“  
Beginn jeweils um 20.30 Uhr auf dem Kalmenhof. Nähere Auskünfte bei Friedhelm Mickley-Gansloser, ☎ 07336 5122 oder mickley-gansloser@vr-web.de

**Ausbildung „Grüne Berufe“**

24. bis 28. August 2009, Altenkirchen  
05. bis 09. Oktober 2009, Altenkirchen  
14. bis 18. Dezember 2009, Altenkirchen  
Organisationsgeschick, technische Begabung, Freude an der Natur und körperlicher Bewegung sind wichtige Voraussetzungen, um eine Ausbildung in den „grünen Berufen“ erfolgreich abzuschließen. Der Wandel in der Agrarwirtschaft erfordert zunehmend qualifizierte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und themennahen Berufsfeldern. Trotzdem haben landwirtschaftliche Betriebe und Landschaftsgärtnereien regelmäßig Probleme, genügend junge Leute zu finden, die einen der grünen Berufe ausüben möchten. Wie muss eine Ausbildung in diesem Bereich aufgebaut sein? Wie können junge Leute für die „Grünen Berufe“ begeistert werden? Welche Arbeitsmarktchancen haben sie hinterher?  
Anmeldung bis 26.07. an: Claudia Leibrock, Ev. Landvolkshochschule Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, www.lja.de

**Vielfalt ernährt die Welt ... natürlich ohne Gentechnik**

13. September 2009, Ulm  
Die Kundgebung und gentechnikfreie Tafel „Vielfalt ernährt die Welt ... natürlich ohne Gentechnik“ setzt ein Zeichen für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft in Deutschland. Beim gemeinsamen Mittagessen an der gentechnikfreien Tafel mit „Alb-Laisa, Spätzle und Saitenwürschtle“ und an weiteren Ständen mit Gaumengenüssen aus der Region können die Besucher Vielfalt schmecken, genießen und erleben. Markt- und Infostände und der Schau-Bauernhof bieten die Möglichkeit, sich über zukunftsfähige Landwirtschaft und gentechnikfreie Lebensmittel zu informie-

ren. Die Veranstalter fordern gemeinsam mit hochkarätigen nationalen und internationalen Rednern ein bundesweites Anbau- und Fütterungsverbot von Agrogentechnik, mehr Forschung und die Erhaltung der Biodiversität und eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft an Stelle weiterer Forcierung der Agrogentechnik durch Steuergelder. Ein umfangreiches Rahmenprogramm, auch für Kinder, sowie eine Traktoren-Sternfahrt zum Ulmer Münsterplatz versprechen einen erlebnisreichen Tag in Ulm.

Am Sonntag von 10.30 bis 16.30 Uhr auf dem Münsterplatz in Ulm. Weitere Informationen unter: www.vielfalt-ernaehrt-die-welt.de

**Bauernhofkindergarten oder Kindergarten auf dem Bauernhof**

18. bis 20. September 2009, Altenkirchen  
Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof e.V. zu Praxismodellen und Konzeptionen von Bauernhofkindergärten: Was muss ich beachten, wenn ich einen Bauernhofkindergarten gründen möchte? Tiergestützte Pädagogik mit Nutztieren im Elementarbereich. Bauernhofkindergarten – ein wirtschaftliches Standbein für den landwirtschaftlichen Betrieb.  
Anmeldung: Ev. Landjugendakademie, Hans-Heiner Heuser, ☎ 02681-9516 13, Fax: -70202, heuser@lja.de

**Tag der Regionen**

26. September bis 11. Oktober 2009, bundesweit  
In diesem Jahr findet der bundesweite Tag der Regionen erneut unter dem Motto „Klimaschutz durch kurze Wege“ statt und macht Werbung für die Stärken der Regionen – für regionale Produkte, regionale Dienstleistungen und regionales Engagement. Machen Sie mit beim Tag der Regionen 2009! Gestalten Sie Ihre regionale Aktion und lassen Sie sich dabei von Beispielen aus den letzten Jahren inspirieren. Nutzen Sie den Aktionstag am 4. Oktober, um auf Ihre regionalen Produkte bzw. Ihre Initiative aufmerksam zu machen oder gemeinsam mit anderen Allianzen zu bilden. Aktionen finden in der Zeitspanne vom 26. September bis zum 11. Oktober statt. Wir stellen Ihnen kostenlose Werbematerialien zur Verfügung, z. B. Aktionsplakate, Flyer etc. Wir bieten Ihnen laufend aktualisierte Infos auf unserer Website. Dort können Sie auch Ihre Aktion in einer Datenbank anmelden. www.tag-der-regionen.de  
Kontakt für Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein: ☎ 05643-948537, Fax: -948803, bund-nord@tag-der-regionen.de  
Kontakt für Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen: ☎ 09852-1381, Fax: -615291, bund-sued@tag-der-regionen.de

**Kundgebung und gentechnikfreie Tafel**

# Vielfalt ernährt die Welt

... natürlich ohne Gentechnik

10.30 Uhr: Auftakt  
12.00 – 13.30 Uhr: Gentechnikfreie Tafel  
13.30 – 16.00 Uhr: Kundgebung

Schaubauernhof / Marktstände / Schleppersternfahrt / Kinderprogramm / Hüpfburg

**Sonntag, 13. September 2009**  
**Ulm Münsterplatz**

Veranstalter:

Kontakt: Tel.: 0721 - 60 90 620 / info@vielfalt-ernaehrt-die-welt.de  
Spendenkonto: c/o Gentechnikfreies Europa / Kontonummer: 20126269 / Bankleitzahl: 76035000  
UmweltBank Nürnberg / Spendenkonto: Vielfalt

www.vielfalt-ernaehrt-die-welt.de

## Biopionier Joachim Bauck gestorben

Joachim Bauck ist am 17. Juni im Alter von 68 Jahren in Amelinghausen gestorben. Mit ihm verliert die Bewegung um den biologischen Landbau in Deutschland einen Pionier, der nicht nur die drei landwirtschaftlichen Betriebe der niedersächsischen Demeter-Höfegemeinschaft Bauckhof in Amelinghausen, Klein Süstedt und Stütensen mit rund 140 Mitarbeitern bundesweit bekannt gemacht hat, sondern auch unermüdlich für die Interessen der Bio-Landwirtschaft eingetreten ist. Manchmal tat er das sehr eigenwillig. Aber mit dem feinen Gespür, den Bioanbau in Berlin und über Deutschlands Grenzen hinaus hoffähig zu machen, sah sich Joachim Bauck als steter Motor und Lobbyist. Als Sprecher der Bäuerlichen Gesellschaft Nordwestdeutschland e.V. hatte er die Bäuerinnen und Bauern, auch die bäuerliche Landwirtschaft sowie die Verarbeitungsbetriebe im Kopf. Für alle eine Zukunftsperspektive zu schaffen, dafür teilte er gerne seine praktischen und politischen Erfahrungen, knüpfte Verbindungen und öffnete Türen. So wird er uns in Erinnerung bleiben. Seiner Familie gilt unser besonderes Mitgefühl.

Georg Janßen

Im Namen des AbL-Bundesvorstands



Zwei Biopioniere unter sich. Joachim Bauck (re) und Karl Ludwig Schweisfurth auf der Grünen Woche 2008 in Berlin.

Foto: Schievelbein



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361  
**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
**Südnieders.**: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
**Brandenburg:** Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

**Ortenberg:** Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;  
**Ebsdorfergrund:** Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;  
**Breitenbach a. H.:** Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;  
**Knüllwald-Red.:** Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;  
**Homburg-Mü:** Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
**Hans-Joachim Jansson,** Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz\_jochen@web.de  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith Liersch, Tel.: 08562/870  
**Geschäftsstelle:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info  
**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach:** Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
**Regionalgruppe Land an Rott und Inn:** Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel/Fax: 09265/7198

### Sachsen/Thüringen

**Landesverband:** Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
 E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
 Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 90,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 125,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 35,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 60,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Auf zur Milchbar!

Da ja durch den Wegfall der Obergrenze beim Agrardiesel besonders die Milchbäuerinnen und Milchbauern profitieren, können diese nun ungehemmt immer mehr Diesel verjucken. Berlin, Brüssel, Molkereizentralen, Staatskanzleien, Parteihauptsitze – mit Eventhopping kann man gut seinen Sommer verbringen. Schließlich lohnt auch weder Mähen noch Melken sich noch und der Bauernverbandspräsident schämt sich sowieso längst für seine abtrünnigen Gefolgsleute. Ach, nein das hat er dann ja doch nicht gesagt, also: er schämt sich nicht. Muss er auch gar nicht, eher schon für seine Präsi-

dentinnen-Kollegin von den Landfrauen, die der Bundeskanzlerin gesagt hat, es gebe gute und schlechte Betriebe und es müssten welche weg. Schade, dass sie keine Kühe hat und ihre Daseinsberechtigung somit auch nicht unter Beweis stellen muss. Das Schlimmste an der Situation jetzt ist ja auch überhaupt, dass es die CMA nicht mehr gibt. Die hätte jetzt eine schöne Werbekampagne gemacht und damit ordentlich den Absatz angekurbelt. Wenn uns die CMA nicht mehr sagt, dass Milch cool und sexy ist, woher sollen wir es dann wissen? Womöglich fangen wir noch an, in irgendwelche Bars zu

gehen und Bier zu trinken anstatt in die „Milchbar am Meer“ auf Norderney, um Milch zu trinken. Dabei gibt es keinen schöneren Ort auf Erden für ein Gläschen. Schade, dass man mit Treckern da nicht so richtig hinkommt, aber man kann ja den Trecker einfach mal zu Hause lassen, die Kühe und die Milch auch und gucken, was passiert. Vielleicht kommt ja die CMA zurück oder das Sommergefühl der Solidarität vom letzten Jahr. Und im nächsten Sommer fahren wir dann alle nach Norderney, weil wir Geld und die Menge und die Macht haben, und treffen uns in der Milchbar am Meer. cs



7-8/2009

### **unabhängige Bauernstimme: Für Gemeinschaft und Solidarität**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnetten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221